

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 26.01.–01.02.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	12
Meinung	32

News

IGH beschließt Maßnahmen gegen Israel: Eine Waffenruhe wäre die notwendige Konsequenz

<https://freedert.online/international/194062-gericht-in-haag-beschliesst-massnahmen/>

26.01.2024

Der Internationale Gerichtshof der UNO in Den Haag ist weitgehend dem Antrag Südafrikas gefolgt und hat mit teils 16:1, teils 15:2 Stimmen provisorische Maßnahmen gegen Israel beschlossen. In der Begründung wurden vor allem Aussagen von UNRWA und anderen Sonderorganisationen der UNO zitiert.

Der Internationale Gerichtshof hat seine Entscheidung über den Antrag Südafrikas auf vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung eines Genozids in Gaza getroffen.

Das Gericht in Den Haag erklärt, dass provisorische Maßnahmen gegen das israelische Vorgehen angemessen sind.

Israel muss alle Maßnahmen ergreifen, um jegliche Handlungen, die gegen die Konvention verstoßen, zu unterbinden. Israel muss sofort sicherstellen, dass sein Militär keine derartigen Handlungen mehr begeht. Die grundlegende Versorgung muss sichergestellt werden. Die Zerstörung möglicher Beweise für Verstöße muss verhindert werden.

Israel muss über die ergriffenen Maßnahmen binnen eines Monats Bericht erstatten.

Israel muss Aufrufe zum Genozid ahnden.

Israel muss sofortige und effektive Maßnahmen ergreifen, um die Lebensbedingungen zu normalisieren.

Die Handlungen, die nicht mehr stattfinden dürfen, sind solche, die im Artikel II der Völkermordkonvention benannt sind:

- Tötung von Mitgliedern der Gruppe
- Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe
- vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen
- Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind

Während Südafrika in seiner Klage explizit eine sofortige Waffenruhe forderte, umgeht das Gericht in seiner Entscheidung diesen Begriff. Aber eine Waffenruhe ist zweifellos die Voraussetzung, um diesen Vorgaben Folge leisten zu können.

Vor der Verkündung wurden alle Voraussetzungen für die Zuständigkeit des Gerichts und die Grundlagen für die Verhängung von provisorischen Maßnahmen dargelegt:

Gibt es einen Disput zwischen Südafrika und Israel bezüglich der Völkermordkonvention? Ja, belegt durch öffentliche Stellungnahmen beider Seiten und den diplomatischen Austausch.

Das Gericht muss im Moment nicht feststellen, ob ein Genozid vorliegt, sondern es bestätigt nur, dass zumindest einige der Handlungen, die Südafrika Israel vorwirft, unter die Völkermordkonvention fallen. Das Gericht ist dafür zuständig.

Jedes Land, das die Konvention unterzeichnet hat, kann ein anderes Land, das unterzeichnet hat, verklagen. Die südafrikanische Klage ist berechtigt.

Gibt es eine Grundlage für provisorische Maßnahmen? Ja.

Die Konvention setzt voraus, dass das Ziel besteht, nennenswerte Teile der angegriffenen Gruppe zu vernichten.

Die militärischen Handlungen durch Israel haben 25.000 Palästinenser getötet, 1,7 Millionen Binnenvertriebene verursacht. Die Berichte der UN-Sonderorganisationen, die zitiert werden, belegen die humanitäre Katastrophe. Das Gericht nahm die zahlreichen Aussagen israelischer Vertreter zur Kenntnis, die die betroffenen Bewohner entmenslichen. Es werden u.a. Galant und Herzog zitiert. Aus Sicht des Gerichts ist die Darstellung Südafrikas plausibel, und die geforderten Maßnahmen sind zumindest teilweise eine Antwort darauf.

Die Dringlichkeit und der dauerhafte Schaden, der eintreten könnte, um die Rechte der betroffenen Gruppe zu wahren, werden bestätigt. Führende UN-Vertreter hätten vielfach darauf hingewiesen, dass dauerhafter Schaden herbeigeführt wird.

Die Zivilbevölkerung in Gaza sei extrem verwundbar. Der Militäreinsatz werde weiter fortgesetzt, und eine lange Dauer sei angekündigt. Die Bevölkerung habe keinen Zugang zu Wasser, Nahrung und Medikamenten. Die katastrophale humanitäre Lage würde sich bis zu einem endgültigen Urteil

weiter verschlechtern.

Die Schritte seitens der israelischen Generalstaatsanwaltschaft, Aufrufe zum Völkermord zu ahnden, seien nicht ausreichend.

Die Bedingungen für provisorische Maßnahmen sind gegeben.

Der Abschnitt über die vorläufigen Maßnahmen beginnt bei Punkt 78 der vom Internationalen Gerichtshof erteilten Anweisung:

"78. Das Gericht erwägt, dass Israel, in Hinsicht auf die oben beschriebene Lage, in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen gemäß der Völkermordkonvention, in Bezug auf die Palästinenser in Gaza alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen ergreifen muss, um die Ausübung aller Handlungen zu unterbinden, die von Artikel II dieser Konvention umfasst sind, insbesondere:

(a) Mitglieder der Gruppe zu töten;

(b) Mitgliedern der Gruppe schweren körperlichen oder seelischen Schaden zuzufügen;

(c) der Gruppe Lebensbedingungen aufzuerlegen, die darauf abzielen, sie in Gänze oder in Teilen physisch zu zerstören, und

(d) Maßnahmen aufzuerlegen, die darauf abzielen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern.

Das Gericht erinnert daran, dass diese Handlungen in die Geltung des Artikels II fallen, wenn sie mit der Absicht erfolgen, eine Gruppe als solche ganz oder in Teilen zu zerstören. Das Gericht erwägt des Weiteren, dass Israel mit sofortiger Wirkung sicherstellen muss, dass seine Streitkräfte keine der oben beschriebenen Handlungen begehen.

79. Das Gericht ist ebenfalls der Ansicht, dass Israel alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen ergreifen muss, um den direkten und öffentlichen Aufruf, in Bezug auf die Mitglieder der Gruppe der Palästinenser im Gazastreifen Genozid zu begehen, zu verhindern und zu strafen.

80. Das Gericht erwägt des Weiteren, dass Israel sofortige und wirksame Maßnahmen ergreifen muss, um die Versorgung mit dringend benötigten grundlegenden Diensten und humanitärer Hilfe sicherzustellen, um den feindlichen Lebensbedingungen entgegenzuwirken, in denen sich die Palästinenser in Gaza befinden.

81. Israel muss außerdem wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen, um die Zerstörung von Beweisen zu verhindern und ihre Bewahrung zu sichern, die sich auf Vorwürfe von Handlungen im Geltungsbereich von Artikel II und Artikel III der Völkermordkonvention beziehen, begangen gegen Mitglieder der Gruppe der Palästinenser im Gazastreifen.

82. Bezüglich der von Südafrika geforderten Maßnahme, dass Israel dem Gericht Bericht bezüglich aller ergriffenen Maßnahmen in Folge dieser Anordnung erstatten müsse, verweist das Gericht darauf, dass es, gemäß Artikel 78 der Regeln des Gerichts, das Recht hat, die Parteien aufzufordern, im Zusammenhang mit allen provisorischen Maßnahmen, die es beschlossen hat, Informationen anzufordern. In Hinsicht auf die besonderen provisorischen Maßnahmen, deren Anordnung es beschlossen hat, erwägt das Gericht, dass Israel ihm binnen eines Monats einen Bericht bezüglich aller Maßnahmen zur Umsetzung dieser Anweisung erstatten muss, gerechnet vom Tag dieser Anordnung. Der so gelieferte Bericht soll dann an Südafrika übermittelt werden, dem dann die Gelegenheit gegeben wird, dem Gericht seine Anmerkungen dazu zu übergeben.

83. Das Gericht erinnert daran, dass seine Anweisung provisorischer Maßnahmen nach Artikel 41 der Satzung bindende Wirkung hat und daher eine völkerrechtliche Verpflichtung jeder Partei, an die sich die provisorischen Maßnahmen richten, schafft."

* * *

"Die ganze Welt fieberte für die Befreiung" – Dutzende Berliner gedenken der Leningrader Blockade

<https://freedert.online/inland/194149-ganze-welt-fieberte-fuer-befreiung-dutzende-berliner-gedenken-leningrader-blockade/>

27.01.2024

Mehrere Dutzend Berliner haben sich am 80. Jahrestag des Endes der Leningrader Blockade im Treptower Park versammelt. Diese eher private Veranstaltung abseits der offiziellen Verlautbarungen birgt die kleine Hoffnung, dass des Genozids am Sowjetvolk in der Bundesrepublik auch auf politischer Ebene gedacht wird.

Von Wladislaw Sankin

Am 27. Januar jährt sich zum 80. Mal das Ende der Leningrader Blockade. Die Blockade Leningrads dauerte 872 Tage, vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944, und gilt als schrecklichste Belagerung einer Stadt in der gesamten Menschheitsgeschichte. Mehr als eine Million Menschen fielen Beschuss, Bombardierungen und vor allem Hunger und Kälte zum Opfer. Das Aushungern der Stadt war entgegen der gängigen Geschichtsnarrative keine Kriegshandlung, sondern Bestandteil der noch vor Beginn des Angriffs auf die UdSSR beschlossenen genozidalen Hungerpolitik des Hitlerfaschismus auf dem Gebiet der Sowjetunion.

Anlässlich des Jahrestages fand am Fuße der Befreier-Statue im Treptower Park eine Gedenkzeremonie mit rund 30 Teilnehmern statt. Die Versammelten legten Blumen nieder und hielten kleine Gedenkreden. So äußerte Oleg Eremenko, der Nachfahre des Armeegenerals und Helden der Sowjet Union Nikolai Ljaschtschenko, seine Dankbarkeit an die Berliner für das Erinnern – im Namen aller russischen Veteranen und Blockadeüberlebenden. Sein Großonkel hat mit der kampfflosen Übernahme Greifswalds und der Unterzeichnung des sogenannten Barber-Ljaschtschenko-Abkommens deutsche Nachkriegsgeschichte geschrieben.

Die Idee zu der Aktion kam im Zuge der Gedenkveranstaltung im Berliner Anti-War-Café am Vortag, teilten die Teilnehmer gegenüber RT DE mit. Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park ist Ruhestätte für ca. 8.500 gefallenen Rotarmisten und seit vielen Jahren ein Versammlungsort für Gedenkzeremonien und Siegesfeiern am 9. Mai.

Der 27. Januar könnte damit zu einem weiteren Datum im Terminkalender für all diejenige werden, die das Gedenken an die Lehren des Zweiten Weltkriegs für wichtig halten. Solch einen Wunsch äußerten zumindest die RT-Gesprächspartner an diesem Tag. "Hier, in den Arbeitervierteln von Treptow waren viele Arbeiter, die während der Blockade die Sowjetunion unterstützt und heimlich Radio Moskau gehört haben und die gefiebert haben für die Befreiung Leningrads. Das war eine Sache der ganzen Welt und nicht die nur einer Stadt", sagte der Teilnehmer Dr. Martin Krämer. Der Agraringenieur kam mit seiner kleinen Tochter im Babytuch und brachte eine Trompete mit. Das Wunschlied an dem Tag war das berühmte sowjetische Gesangsstück "Der heilige Krieg".

Auch der Theaterregisseur Peter Wittig war dabei. "Ich würde mir wünschen, dass die Politik in Deutschland anerkennt, was geschehen ist. Die Blockade Leningrads war ein Völkermord. Es ist richtig, dass die jüdischen Opfer der Blockade entschädigt worden sind. Es ist falsch, dass der nicht

jüdischen Opfer – der russischen und der anderer Völker der Sowjetunion nicht gedacht wird. Im deutschen Bewusstsein sind die sechs Millionen ermordeten Juden einigermaßen verankert. Aber die 27 Millionen sowjetischen Toten sind nicht verankert, und das ist schlimm", sagte er.

In den offiziellen Stellungnahmen der Bundesregierung wird an die Blockade erinnert. "Deutschland bekennt sich ausdrücklich zu seiner historischen Verantwortung", steht in einem am Samstag veröffentlichten Artikel auf der Webseite des Auswärtigen Amtes. Die deutsche Wehrmacht habe in Leningrad Gräueltaten begangen. Die Behörde erinnert auch an die im Jahre 2019 beschlossene "humanitäre Geste" gegenüber den Überlebenden der Leningrader Blockade – ein Zuschuss in Höhe von 12 Millionen Euro für die Modernisierung einer Veteranen-Klinik.

Zum anderen fördert die Bundesregierung in Sankt Petersburg Begegnungen junger Menschen mit Blockadeopfern – "die Erinnerung an die Blockade soll gestärkt und weitergegeben werden." Aber auch dieser Satz darf im Text nicht fehlen:

"Deutschland steht zu seiner historischen Verantwortung und setzt diese Maßnahmen – trotz des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine – weiter fort."

"Keine Opfer des Holocausts"

Im September letzten Jahres appellierten die noch verbliebenen Verteidiger Leningrads und Überlebenden der Blockade an die deutsche Regierung, die humanitären Zahlungen auf alle Überlebenden der Blockade auszuweiten. Sie betonten, dass die deutschen Behörden den jüdischen Überlebenden der Blockade seit langem humanitäre Leistungen zukommen ließen, sich aber weigerten, diese auf alle Überlebenden der Blockade ohne ethnische Unterscheidung auszuweiten. In ihrem Appell wiesen sie auch darauf hin, dass das Projekt zur Modernisierung eines Krankenhauses in Sankt Petersburg als Teil der "humanitären Geste" nie umgesetzt worden sei.

"Der grausame Kalkül der Nazis, die ganze Bevölkerung des unbeugsamen Leningrads durch Kälte und Hunger auszumerzen, sah keine Ausnahmen aufgrund von Nationalität vor. Die Einwohner unserer Stadt waren ungeachtet ihrer Nationalität gleich vor dem qualvollen Tod, den ihnen die Hitler-Ungeheuer bereiteten", so die Verfasser.

Die Weigerung der Bundesregierung, die Entschädigungszahlungen auch auf die nicht-jüdischen Überlebenden der Blockade auszuweiten, ist seit mehreren Monaten Gegenstand eines diplomatischen Streits. Die russischen Diplomaten äußern ihrerseits scharfe Kritik und werfen Deutschland Diskriminierung nach ethnischen Kriterien vor.

Das russische Außenministerium machte die Absage der deutschen Seite erst Ende November publik. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, nannte die Haltung der deutschen Behörden "inakzeptabel" und "ungeheuerlich", die Begründungen "nicht schlüssig". Außenminister Sergei Lawrow führte die Argumente der deutschen Seite während seiner jährlichen Pressekonferenz letzte Woche an: "Wir zahlen an die Juden, weil wir ein Gesetz haben, das uns dazu verpflichtet, die Opfer des Holocausts zu entschädigen, aber die anderen, die in Leningrad gestorben sind, sind keine Opfer des Holocausts." Lawrow resümierte:

"Die Absurdität einer solchen Erklärung der Frage ist offensichtlich."

Im Schatten von Auschwitz

Die Erinnerung an die Blockade Leningrads ist in den Täter-Staaten Deutschland und Finnland kein Thema für die Öffentlichkeit. Nur sporadisch finden sich aufklärerische Artikel in den Medien oder

Podiums-Diskussionen, die allerdings kein breites Publikum erreichen. Gepflegt wird die Erinnerung vor allem von der älteren DDR-Generation, die intensive Kontakte zu Sowjetunion hatte. Auf der mentalen Karte der Bundesrepublik fehlt dieses Ereignis nach wie vor, und es gibt im Moment keine Anzeichen dafür, dass dieses Thema von der Politik je angemessen gewürdigt wird. Außerdem stellt ein anderer Jahrestag die Blockade-Erinnerung in den Schatten, wie *RT DE* schon berichtete – der Tag der Befreiung von Auschwitz.

* * *

US-Botschafter droht Ungarn: Haben durchaus Druckmittel

<https://freedert.online/europa/194269-us-botschafter-droht-ungarn-haben/>

28.01.2024

Der US-Botschafter in Budapest, David Pressman, beschuldigte Premierminister Viktor Orbán, der NATO zu schaden und Russland zu helfen. Er drohte explizit, dass die USA Druckmittel gegen Ungarn besitzen – und bereit seien, diese zu nutzen.

Die USA seien in der Lage, Druck auf Ungarn auszuüben, wenn das Land sich weigern sollte, seine Außenpolitik gegenüber der EU, der NATO und Russland anzupassen, warnte der amerikanische Botschafter in Budapest, David Pressman.

In einem Interview, das am Freitag in der *Financial Times* veröffentlicht wurde, legte Pressman eine Liste von Beschwerden über den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán vor, darunter über dessen "aufsässige Haltung" zum Russland-Ukraine-Konflikt und seine Einstellung zu Präsident Wladimir Putin.

"Wenn man sich Ungarns Außenpolitik ansieht, ob es nun darum geht, den EU-Beitritt der Ukraine in Frage zu stellen, die Bemühungen um finanzielle Unterstützung für die Ukraine zu unterdrücken, sich mit Wladimir Putin zu treffen, sich den Bemühungen um eine Abkehr von der russischen Energieversorgung zu widersetzen, sich den anhaltenden Bemühungen um die Schließung von Kreml-Plattformen in Ungarn zu widersetzen – all das hat etwas gemeinsam", sagte der Diplomat.

"Und es ist etwas, das Ungarn immer mehr von seinen Partnern in der NATO und seinen Partnern in der EU isoliert."

Pressman betonte weiter, dass Orbáns "politische Entscheidungen ohne Frage hilfreich für Putin sind". Er fügte explizit hinzu, dass die USA über Mittel verfügen, Druck auf Ungarn auszuüben.

"Wir haben durchaus Druckmittel, das ist wahr. Und wir sind bereit, unsere Druckmittel zu nutzen."

Im Gegensatz zu vielen NATO-Mitgliedern hat sich Ungarn geweigert, Waffen an die Ukraine zu liefern, und hat dem Bündnis untersagt, sein Hoheitsgebiet für die Bereitstellung militärischer Hilfe an Kiew zu nutzen. Orbán hat sich auch gegen bestimmte Wirtschaftssanktionen gegen Russland ausgesprochen. Letzten Monat legte Ungarn sein Veto gegen zusätzliche EU-Mittel in Höhe von 50 Milliarden Euro für die Ukraine ein.

Budapest hatte zudem erklärt, dass kein ausländischer Druck Ungarn dazu bringen könne, seine nationalen Interessen aufzugeben. "Niemand kann uns von außen vorschreiben, wie wir unser Leben innerhalb unserer eigenen Grenzen führen sollen. Ob es ein ausländischer Bürger oder sogar ein ausländischer Botschafter ist, seine Meinung ist für uns irrelevant", sagte der ungarische Außenminister Péter Szijártó laut lokalen Medien im letzten Jahr.

* * *

EU-Geschichtsverklärung – von der Leyen verkündet: "Die alliierten Streitkräfte befreiten Auschwitz"

<https://freedert.online/europa/194297-eu-geschichtsverklaerung-von-leyen-verkuendet/>

29.01.2024

Der 27. Januar gilt als Erinnerungstag der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch sowjetische Truppen. Die EU-Kommissionspräsidentin und ihr Social-Media-Team erlaubten sich zwei herausragende Peinlichkeiten zum Gedenken. Die Lüge, dass alliierte Streitkräfte befreiten, wurde dabei nicht korrigiert.

Die gegenwärtigen Zeiten sind geprägt von politischen Deutungshoheiten und geschichtsverzerrenden Umformulierungen historischer nachweislicher Realitäten. Die Europäische Kommission, unter Leitung der deutschen CDU-Politikerin Ursula von der Leyen, erlaubte sich nun zum diesjährigen Gedenktag am 27. Januar, der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch sowjetische Truppen, gleich zwei peinliche Fauxpas.

Politik und Medien reagierten umgehend auf die Aussagen von der Leyens zum Gedenktag in den sozialen Medien. Die EU-Kommissionspräsidentin hatte schlicht erklärt, dass sich das KZ in Polen befand. Das *RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)* erläutert den Disput:

"In dem Beitrag zum Internationalen Holocaust-Gedenktag wurde fälschlicherweise nahegelegt, dass es sich beim Konzentrations-lager Auschwitz um ein polnisches Lager gehandelt habe. Das Posting wurde später korrigiert. Auschwitz sei ein deutsches Nazi-Vernichtungslager gewesen, hieß es dann."

Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* erklärte seinen Lesern:

"Polen hat die EU-Kommissionspräsidentin für einen Fehler in einem Beitrag auf X, ehemals Twitter, kritisiert. In dem war nahegelegt worden, das Vernichtungslager Auschwitz sei polnisch gewesen (...) Der Beitrag von Ursula von der Leyen auf X wurde später korrigiert, und stellte klar, dass Auschwitz ein deutsches Vernichtungslager der Nazis war."

Das *T-Online*-Portal erklärte detaillierter:

"Die Aufregung in Polen ist nach einem Video von EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen groß. Anlässlich des Holocaust-Gedenktages hatte von der Leyen am Sonntag ein Video hochgeladen, in dem sie und die EU-Kommissare Namen von Menschen sagen und schreiben, die im Holocaust gestorben sind. In dem ersten Beitrag wurde bei einigen Opfern der Sterbeort als "Gestorben im Auschwitz-Lager, Polen" angegeben."

Von der Leyen, wie ihre Kollegen, ließen sich dabei mit den Namen ermordeter KZ-Häftlinge ablichten:

Die *ARD-Tagesschau* hat bis dato noch nicht auf die nachdrückliche Kritik polnischer Politiker mit einem Beitrag reagiert. So schrieb der polnische Außenminister Radosław Sikorski auf X:

"Wenn man über das Nazi-Vernichtungslager Auschwitz schreibt, sollte man darauf hinweisen, dass"

es unter deutscher Besatzung errichtet wurde."

Keinerlei Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft erwarb in den letzten drei Tagen bis zum Wochenbeginn die offizielle Pressemitteilung der EU-Kommission vom 26. Januar. Diese trug den Titel: "Nie wieder, gilt jetzt" – Präsidentin von der Leyen zum Internationalen Holocaust-Gedenktag. In der englisch- und der deutschsprachigen Version der Mitteilung heißt es zur Thematik und Absicht des Gedenkens abschließend formuliert:

"Im Jahr 2005 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution (60/7) zum Gedenken an den Holocaust den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt. Am 27. Januar 1945 hatten die Alliierten das Konzentrations- und Todeslager Auschwitz-Birkenau befreit."

Das Internationale Auschwitz Komitee hat auf die diesbezügliche Geschichtsumschreibung noch nicht reagiert, dafür aber bereits am 24. Januar kritisiert, dass im sächsischen Freital eine Rede "eines AfD-Landtagsabgeordneten zum Holocaust-Gedenktag geplant" war, so Medienberichte. Für Überlebende des Holocaust wirke diese Ankündigung demnach "schamlos und makaber", erklärte Exekutiv-Vizepräsident Christoph Heubner in Berlin.

Mutmaßungen in den sozialen Medien, hinsichtlich unterstellter fehlender geschichtlicher Kenntnisse der EU-Kommissionspräsidentin, könnten dahingehend widerlegt werden, dass Ursula von der Leyen im Jahr 2015, in ihrer damaligen Funktion der deutschen Verteidigungsministerin, in Jerusalem weilte. Die *Rheinische Post* berichtete am 12. Mai 2015:

"Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat bekräftigt, dass die "Sicherheit Israels deutsche Staatsräson" bleibe. "Unbedingt" könnten sich beide Länder aufeinander verlassen, schrieb sie nach einem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem ins Gästebuch."

* * *

Russland: Olympisches Komitee vergleicht Walijewas Disqualifikation mit Kriegserklärung

<https://freedert.online/russland/194428-russland-olympisches-komitee-vergleicht-walijewas/>

30.01.2024

Das Russische Olympische Komitee kritisiert die Entscheidung, die Eiskunstläuferin Walijewa wegen Verstoßes gegen Anti-Doping-Bestimmungen für vier Jahre zu disqualifizieren. Man könne sich nicht auf die Objektivität des Sportgerichtshofs verlassen, heißt es aus Moskau.

Am Montag hat der Internationale Sportgerichtshof (CAS) die russische Eiskunstläuferin Kamila Walijewa nachträglich für vier Jahre ab dem 25. Dezember 2021 gesperrt. Damals war sie positiv auf das verbotene Mittel Trimetazidin getestet worden.

Zudem entschied das Gericht, dass der Athletin alle Wettkampferfolge und Auszeichnungen aberkannt werden, die sie nach dem positiven Test errungen hatte. Dazu gehören insgesamt neun Titel. Die Welt-Anti-Doping-Agentur begrüßte das Urteil.

Das russische Olympische Komitee hat die Disqualifikation mit einer Kriegserklärung an den russischen Sport verglichen. "Man kann an ein Zusammentreffen von Umständen glauben, wenn das Ergebnis unmittelbar nach dem Ende des für Russland siegreichen Eiskunstlauf-Mannschaftsturniers veröffentlicht wird. Wie auch an einen Zufall, dass die ISU am 7. Februar, dem

zehnten Jahrestag der Spiele von Sotschi, über die Vergabe der olympischen Turniermedaillen entscheidet. Aber in Wirklichkeit wurde dem russischen Sport der Krieg erklärt, und wie wir sehen, ist dabei jedes Mittel recht", heißt es in der Erklärung.

"Zwei Jahre lang gab es in der Öffentlichkeit keine vernünftige, faktenbasierte und nicht lächerliche Antwort auf eine Frage, die anfangs große Zweifel aufkommen ließ: Warum der Dopingtest von Waljewa, der im Dezember 2021 durchgeführt wurde, trotz aller festgelegten Fristen anderthalb Monate in einem schwedischen Labor aufbewahrt wurde."

Man könne nicht mehr "auf die Objektivität und Unparteilichkeit des CAS zählen". Man werde die weiteren Beschlüsse der internationalen Sportorganisationen genau beobachten und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Interessen Russlands rechtlich zu schützen.

Der Kreml kritisierte das Urteil als politisch motiviert. "Natürlich sind wir nicht damit einverstanden", sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow.

Walijewa selbst weist alle Anschuldigungen von sich. Ihre Verteidigung argumentiert, der Großvater der Sportlerin habe nach einer Herzoperation Trimetazidin eingenommen. Walijewa selbst glaubt, das Medikament sei in ihren Körper gelangt, weil sie mit ihrem Großvater aus einer Tasse getrunken habe.

Wie am Dienstag bekannt wurde, ist Russland die Goldmedaille im Teamwettbewerb in Peking aberkannt worden. Nach einer Entscheidung der ISU erhält das russische Team stattdessen Bronzemedailles. Gold geht an das US-Team, Silber an Japan. Der US-amerikanische Eiskunstlaufverband veröffentlichte bereits auf der Plattform X ein Foto des Teams mit der Goldmedaille und schrieb dazu: "Wir sind sehr stolz auf unsere Olympiasieger 2022".

* * *

Lawrow: Selenskijs Friedensformel ist ein Ultimatum an Russland

<https://freedert.online/russland/194599-lawrow-selenskijs-friedensformel-ist-ultimatum/>

31.01.2024

Russlands Außenminister Sergei Lawrow nahm am Mittwoch an einem Treffen der Sherpas der BRICS-Staaten teil. Dabei erklärte der Spitzendiplomat mit Blick auf den Ukraine-Konflikt, dass Selenskijs sogenannte Friedensformel eine ultimative Forderung an Moskau sei.

Russland hat am 1. Januar den Vorsitz in der BRICS übernommen. In dem Zusammenhang kamen am Mittwoch in Moskau die Sherpas und Sous-Sherpas der BRICS-Länder zusammen. Der russische Außenminister Sergei Lawrow, der das Treffen leitete, äußerte sich in seiner Rede unter anderem zu dem Konflikt in der Ukraine. Darüber berichten russische Staatsmedien. Die USA und ihre Verbündeten zwingen der internationalen Gemeinschaft die berüchtigte Selenskij-Friedensformel auf und versuchen, diese als einzige Option für die Beilegung der Ukraine-Krise darzustellen, erklärte der Spitzendiplomat. Hierbei zitiert ihn die Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* mit den Worten:

"Dass es sich bei dieser Variante lediglich um ein Ultimatum an die Russische Föderation handelt, dass sie einfach nicht umsetzbar ist und diejenigen nicht würdigt, die sich als außenpolitische Akteure und effektive Manager präsentieren wollen, ist für jeden offensichtlich."

Kiew Option war auch bei einem Treffen Lawrows mit den in Russland akkreditierten Leitern ausländischer diplomatischer Vertretungen am Dienstag ein Thema. Dabei machte er die Teilnehmer darauf aufmerksam, dass Vertreter von Staaten, die zuvor ihre Ideen für eine Lösung im Ukraine-Konflikt vorgelegt hatten, zum sogenannten Kopenhagen-Format eingeladen würden. Dort würden sie darüber informiert, so der Außenminister, dass es nur eine "Selenskij-Formel" gebe und andere Staaten als Komparsen benötigt würden. Hierzu führte Lawrow aus:

"Sie sehen, mit welcher Raserei sich die Angelsachsen dafür einsetzen, dass es keine Alternative zu 'Selenskij Formel' gebe. Wenn dem so ist, dann sollten alle, die den Westen ein wenig kennen, keinen Zweifel daran haben, dass es genau der Westen war, der diese Formel geschrieben hat."

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte seine sogenannte Friedensformel 2022 während einer Rede vor Teilnehmern des G20-Gipfels per Videoschleife vorgestellt. Sie umfasst zehn Punkte, darunter der Abzug der russischen Truppen, die Einstellung der Kampfhandlungen sowie die Forderung nach einer Wiederherstellung der Grenzen von 1991.

Je länger die westlichen Sponsoren des Kiewer Regimes bei ihm die Illusion nährten, dass die "Selenskij-Formel" ein möglicher Ausgangspunkt sei, desto schlimmer werde es sowohl für Kiew als auch für den Westen, stellte Sergei Rjabkow klar, der stellvertretende russische Außenminister. In einem Gespräch mit Journalisten am Dienstag betonte er, dass die Ziele der militärischen Spezialoperation in der Ukraine allmählich erreicht würden.

* * *

Russlands Ermittlungskomitee bestätigt: Il-76 über Gebiet Belgorod mit US-Luftabwehrsystem zerstört

<https://freedert.online/russland/194714-russlands-ermittlungskomitee-il-76-ueber-gebiet-belgorod-mit-luftabwehrsystem-patriot-abgeschossen/>

01.02.2024

Das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation hat den Typ der Raketen bestimmt, mit denen eine russische Iljuschin Il-76 mit 65 ukrainischen Kriegsgefangenen an Bord von der Ukraine aus abgeschossen worden war. Es handelt sich um zwei Lenkraketen vom Typ MIM-104A.

Nachdem Russlands Präsident Wladimir Putin am Mittwoch bekanntgegeben hatte, dass das ukrainische Militär den am 24. Januar über dem russischen Grenzgebiet Belgorod abgestürzten Il-76-Militärtransporter mit einer Patriot-Flugabwehrrakete aus US-Produktion abgeschossen habe, bestimmte das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation nun den genauen Typ der Waffe. Demnach handele es sich um zwei Flugkörper vom Typ MIM-104A. Somit bestätigte die Behörde, dass der Militärtransporter mit 65 ukrainischen Kriegsgefangenen an Bord mit einem Patriot-Luftabwehrsystem aus US-Produktion abgeschossen worden war.

Wie die Ermittler am Donnerstag bekanntgaben, seien am Absturzort insgesamt 116 Fragmente zweier Raketen gefunden worden. Auf den Wrackteilen ihrer Rümpfe und Mechanismen gebe es englischsprachige Aufschriften und Markierungen. Laut einem Gutachten entsprächen die sichergestellten Fragmente nach ihren bautechnischen und geometrischen Merkmalen den Lenkraketen, die im Patriot-Luftabwehrsystem aus Produktion des US-Rüstungsunternehmens Raytheon verwendet würden. In der Pressemitteilung wurden auch die englischsprachigen Markierungen angeführt:

ASSY 11455748, SN740179, ASSY 11461343, SN740206, ASSY 11461865, SN740207, Raytheon, Confidential classified by Patriot Security Classification guide dated: 9/22/83 addenda dated 11/28/83 8/8/84 contract No/DAAH01-86C-A018, 18876 ASSY, Martin Marieta und 10253043-39 02 S/N 80025.

Auch eine Analyse der auf den Wrackteilen entdeckten Sprengstoffspuren habe ergeben, dass es sich um ausländische Waffen handele, hieß es. Darüber hinaus stellte das Ermittlungskomitee fest, dass das russische Flugzeug von der im ukrainischen Gebiet Charkow liegenden Siedlung Lipzy aus angegriffen worden war.

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa kommentierte das Gutachten auf Telegram:

"Die US-Bürger müssen wissen, wofür ihr Geld verwendet wird. Biden und Co. haben die US-Amerikaner zu Komplizen dieser blutigen Tragödie gemacht."

An Bord der am 24. Januar abgeschossenen Il-76 hatten sich sechs Crewmitglieder, 65 ukrainische Kriegsgefangene und drei russische Begleiter befunden. Die Ukrainer wurden zu einem Gefangenenaustausch transportiert. Alle 74 Insassen kamen ums Leben. Moskau beschuldigt Kiew, seine eigenen Soldaten absichtlich getötet zu haben.

* * *

Analyse

Carlsberg versucht, den Russen die Biermarke Baltika zu stehlen – Gericht lässt das nicht zu

<https://freedert.online/international/193907-carlsberg-versucht-russen-biermarke-baltika/>

26.01.2024

Ein russisches Gericht hat die Übertragung einer russischen Biermarke an die Carlsberg Holding für ungültig erklärt. Hinter dieser Nachricht steckt eine Betrugsgeschichte, die Carlsberg durchziehen wollte: Der Konzern versuchte, sich illegal alle Rechte an der Biermarke Baltika sichern.

Das Schiedsgericht von Sankt Petersburg hat der Klage der Brauerei Baltika gegen einen Zweig des Carlsberg-Konzerns – Carlsberg Kasachstan – stattgegeben. Es erklärte die Übertragung einer Exklusivlizenz für geistiges Eigentum im Zusammenhang mit Baltika-Produkten und -Marken auf Carlsberg Kasachstan für ungültig.

Die Klage des russischen Unternehmens war gegen zwei ausländische Firmen gerichtet – Carlsberg Kasachstan und die schwedische Carlsberg Sverige Aktiebolag, berichtet die Nachrichtenagentur TASS. Das russische Unternehmen beantragte die vollständige Nichtigerklärung des Lizenzvertrages vom 19. Juli 2023, mit dem Carlsberg eine Exklusivlizenz für geistiges Eigentum im Zusammenhang mit Baltika-Produkten und -Marken zur Verwendung in Kasachstan, Kirgisistan, der Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und der Ukraine (einschließlich der Rechte an geistigem Eigentum an Bestandteilen und Varianten des Markendesigns, des Know-hows und der Warenzeichen) gewährt worden war. Eine ähnliche Klage, allerdings gegen das weißrussische Unternehmen Vista BiWay Co. und die dänische Carlsberg Breweries A/S, wurde im Dezember des Jahres 2023 von einem Schiedsgericht in Sankt Petersburg ebenfalls zugunsten von Baltika entschieden.

Bereits im November 2023 hatte ein Sankt Petersburger Gericht Anton Rogatschewski, einen Topmanager der Baltika-Brauereien, und Denis Scherstennikow, den ehemaligen Präsidenten des Unternehmens, verhaftet. Beiden wird "Betrug in besonders großem Umfang" vorgeworfen. Beide Vereinbarungen über den Verkauf der russischen Biermarke – sowohl mit dem kasachischen als auch mit dem weißrussischen Unternehmen von Carlsberg – tauchen in den Unterlagen des Strafverfahrens gegen die beiden Baltika-Manager auf.

Was war also passiert und warum ist das für die russische Wirtschaft so wichtig?

Die Nachrichtenagentur *Interfax* schreibt dazu:

"Den Ermittlungen zufolge haben die Angeklagten und nicht identifizierte Mitverschwörer, darunter auch Mitarbeiter von Baltika, bis zum 17. Juli 2023 'durch Betrug zugunsten von Carlsberg Kasachstan und Vista BiWay Co. ein geistiges Eigentumsrecht von Baltika im Wert von mindestens 295,6 Millionen Rubel erworben'. Das Recht sah die Möglichkeit vor, Produkte der Baltika-Brauereien nach Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, in die Mongolei und nach Weißrussland zu exportieren."

Pikant an der Situation ist, dass der "Deal" von Carlsberg ohne die Beteiligung des Geschäftsführers von Baltika durchgeführt wurde – wenige Tage vor dem illegalen Verkauf der Markenrechte hatte

Taimuras Bollojew diese Position wieder übernommen. Es war einst Bollojew, der Baltika zu dem machte, was es heute ist. Er war es, der an den Anfängen der berühmten Marke stand, und dann wurde er von ausländischen Investoren versetzt. Außerdem wurde der Deal von Personen abgewickelt, deren Befugnisse bei Baltika einige Tage vor dem Geschäftsabschluss erloschen waren – das heißt, sie hatten gar kein Recht, irgendetwas im Namen des Konzerns zu unterschreiben.

Baltika ist das zweitgrößte Brauereiunternehmen in Russland und betreibt acht Brauereien. Nach Schätzungen von Marktteilnehmern produzierte das Unternehmen im Jahr 2022 197,4 Millionen Dekaliter Bier und Biergetränke.

Die Geschichte der Marke begann unter den Sowjets, als in den letzten Jahren des Bestehens der UdSSR die Baltika-Brauerei nach dem Plan des Instituts Gipropischeprom-2 gebaut wurde. Das Portal *Birra.ru* schreibt:

"Im Jahr 1992 begann die Privatisierung des Unternehmens, bei der es in eine offene Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Die Baltic Beverage Holding AB (BBH) wurde zum größten Inhaber von Baltika-Aktien. BBH besitzt 85,6 Prozent der Aktien von Baltika. Etwa zur gleichen Zeit begannen die Schaffung einer eigenen Marke und die Umstrukturierung des Unternehmens. Taimuras Bollojew, der Generaldirektor der Brauerei, hat die Brauerei, die die Krise nach dem Zusammenbruch der UdSSR überstanden hatte, buchstäblich aus Ruinen auferstehen lassen."

Bollojew ist übrigens nicht bloß irgendein Beamter oder ein Manager. Er ist sowohl von Beruf als auch von seiner Ausbildung her Bierbrauer. Ihm ist es gelungen, aus einer lokalen Brauerei ein föderales Brauereiunternehmen zu machen, ein Vertriebsnetz aufzubauen, eine Marke zu etablieren und viele Brauereien zu gründen. Er braute auch das erste alkoholfreie Bier in Russland. Unter seiner Führung wurde Baltika innerhalb weniger Jahre zur führenden Biermarke in Russland. Und dann die einzige Verbrauchermarke aus Russland, die auf allen fünf Kontinenten anerkannt ist. Ziemlich schnell interessierten sich finnische und schwedische Investoren für die Marke. Und dann ereignete sich eine für das postsowjetische Russland typische Geschichte: Man versuchte, das Unternehmen komplett zu übernehmen – als ob es keine lange Geschichte gäbe, als ob es Baltika nicht schon zu Zeiten der Sowjetunion gegeben hätte.

Im Jahr 2013 wurde Bollojew "versetzt" und der neue Direktor übergab praktisch 100 Prozent des Konzerns an Carlsberg. Seit dem Jahr 2015 wird Baltika fast ausschließlich von Ausländern geführt. Und siehe da: Mit Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine drohte Carlsberg damit, Russland zu verlassen, Finanzmittel abzufordern und so weiter und so fort – so wie alle anderen großen westlichen Unternehmen auch. Sowohl die russische Marke Baltika als auch eine große Zahl von Fabriken und Arbeitsplätzen waren dadurch gefährdet. Gleichzeitig scheiterte der Deal zum Verkauf von Baltika durch Carlsberg im Inland.

Aus diesem Grund unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin am 16. Juli 2023 einen Erlass über die Übertragung der Vermögenswerte der Carlsberg-Gruppe in Russland auf die vorübergehende Verwaltung der Föderalen Agentur für die Verwaltung des Staatseigentums (Rosimuschestwo). Später schlug der Leiter der Baltika-Brauereien, Taimuras Bollojew, vor, das Unternehmen ganz zu verstaatlichen. In einem Brief an Rosimuschestwo schrieb er damals:

"Die dänische Carlsberg-Gruppe hat den Vorschlag der russischen Seite für ein mögliches Geschäft mit mehr als annehmbaren Bedingungen sowohl in Bezug auf die finanzielle Abwicklung als auch auf die für beide Seiten vorteilhafte Nutzung der Marken nach der Übergabe von Baltika an die vorübergehende Leitung von Rosimuschestwo nicht akzeptiert."

Möglicherweise wollte die Carlsberg-Gruppe alle Rechte an der russischen Marke allein besitzen – wozu sie in Wirklichkeit kein Recht hatte. Und deshalb griff der Konzern zu einem betrügerischen Plan, um die Marken zu stehlen – der wegen der Position des russischen Schiedsgerichts nun nicht aufgegangen ist.

Eine vergleichbare Geschichte des Diebstahls einer erfolgreichen russischen Marke spielte sich in den späten 1990er Jahren im Falle des berühmten russischen Wodkas Stolichnaya ab.

Damals nutzte der russische Oligarch Juri Schefler die Situation, in der Staatsvermögen wild und wahllos an ausländische Investoren und Interessenten verkauft wurde, und ließ eine Tarnfirma registrieren, deren Name die Bezeichnung des staatlichen Unternehmens kopierte, dem die Wodka-Marke Stolichnaya gehörte. Dann verkaufte er unter dem Deckmantel dieser Gesellschaft alle Rechte an Stolichnaya in den Westen – zunächst für eine lächerlich geringe Summe an das niederländische Unternehmen Spirit International, später wurde es an das britische Unternehmen Allied Domecq weiterverkauft. Russland kämpfte fast dreißig Jahre lang um das Recht, die legendäre sowjetische Marke zurückzuerlangen, die durch die UdSSR vorangetrieben worden war. Erst im Januar 2020 entschied der Oberste Gerichtshof der Niederlande, dass die Rechte an der Wodka-Marke Stolichnaya Russland zustehen. In anderen Ländern gehen die Rechtsstreitigkeiten über die Rechte an Stolichnaya jedoch weiter. Und sehr wahrscheinlich steht Baltika nun eine ähnliche Situation bevor, wobei die russische Seite dieses Mal deutlich schneller gehandelt hat.

* * *

Warum Russlands Sieg in der Ukraine für die Welt gut wäre

<https://freedert.online/international/193928-warum-russlands-sieg-in-ukraine-gut-fuer-alle-ist/>

27.01.2024

"Die Zahl der Freunde Russlands wird steigen" – mit diesen Worten beschreiben Experten die globalen Folgen, die nach einem Sieg Russlands in der Ukraine zu erwarten sind. Diese Folgen werden nicht nur für Russland, sondern auch für die ganze Welt von Vorteil sein.

Von Geworg Mirsajan

Die These, wonach riesige Katastrophen auf die Welt zukommen würden, wenn Russland in der Ukraine gewinnt, ist eines der Hauptargumente, mit denen die westliche Gesellschaft davon überzeugt werden soll, das Kiewer Regime weiterhin zu unterstützen. Sowohl Politiker, einschließlich des US-Präsidenten Joe Biden, als auch führende westliche Medien beschwören diese "Katastrophen" hinauf.

Wenn sie näher beschreiben, was sie unter diesen "Katastrophen" verstehen, kommen Szenarien von angeblichen Plänen Russlands, in europäische Länder einzufallen, bis hin zur Befürchtung, dass andere Staaten, wie etwa China, versucht sein könnten, eigene Probleme mit ihren Nachbarn militärisch zu lösen. Das wiederum würde einen Weltkrieg, Chaos und das Ende der Zivilisation zur Folge haben.

In Wirklichkeit aber wird der Sieg Russlands durch die Sonderoperation in der Ukraine zu einem völlig entgegengesetzten Ergebnis führen. Sieg bedeutet in diesem Fall das Erreichen der im Zuge der Sonderoperation gesetzten Ziele. Territorial ist dies insbesondere die Befreiung der russischen Gebiete, die inzwischen in der Verfassung Russlands verankert sind. Politisch ist dies die Sicherstellung dessen, dass sich die Ukraine westlichen militärisch-politischen Blöcken nicht anschließt, sowie die Entmilitarisierung und Entnazifizierung des ukrainischen Regimes.

Auf globaler Ebene werden die erfolgreichen Ergebnisse der russischen Sonderoperation die Staaten der Welt inspirieren, ihre eigene Souveränität zu erlangen oder zu stärken. Dies wiederum wird ermöglichen, eine harmonischere Weltordnung zu schaffen.

"Russlands Sieg in der gegenwärtigen Konfrontation wird dazu beitragen, eine gerechtere multipolare Welt aufzubauen und das Ausmaß der Hegemonie des Westens unter der Führung der Vereinigten Staaten zu verringern. Denn er wird zeigen, dass der Westen nicht so furchteinflößend und mächtig ist, wie man bisher dachte", erklärt der Politologe Anton Chaschtschenko gegenüber der Zeitung *Wsgljad*. Russlands erfolgreicher Widerstand gegen die Aktionen der prowestlichen Koalition in der Ukraine inspiriert bereits jetzt einige Staaten, wie etwa afrikanische Länder, die sich von der französischen Herrschaft befreien.

Souveränität geht Hand in Hand mit Dekolonisierung. Die Befreiung der Entwicklungsländer von den vom Westen auferlegten Spielregeln, durch die die USA und Europa den Entwicklungsländern Ressourcen entziehen und ihnen ihre "Werte" aufzwingen, um den Prozess der Ressourcenabschöpfung zu unterstützen.

"Die Befreiung der Ukraine wird ein Schlüsselsignal sein, das die Schwächung der USA und der NATO und ihres neokolonialen Systems bedeutet. Und dies wird eine ganze Reihe von Veränderungen mit sich bringen. Dazu gehören der Rückzug aus ungerechten Abkommen mit dem Westen, die Verstaatlichung illegal privatisierter Vermögenswerte, die Rückgabe von Eigentum und der Widerstand gegen externes Diktat in innenpolitischen Angelegenheiten", sagt Nikita Mendkowitsch, Leiter des Eurasischen analytischen Clubs.

Die Entwicklung dieser Länder wird nicht nur durch ihre Befreiung vom westlichen Diktat, sondern auch durch die Umlenkung der Handels- und Wirtschaftsströme gefördert werden, die eine Folge des vom Westen ausgelösten Sanktionskriegs gegen Russland sind. Moskau, dessen Energieressourcen zu einer der Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung Europas geworden waren, wurde im Wesentlichen aus der europäischen Wirtschaft ausgeschlossen – und ist nun bereit, anderen Ländern neue Möglichkeiten zu bieten.

"Ostasien hat bereits gewonnen – unabhängig von der Art des Sieges, den Moskau in der Ukraine erringen wird. Die Region erhielt Öl und Kohle aus Russland und wird langfristig auch mehr Gas erhalten. Günstige Energie wird Millionen von Menschen ermöglichen, sich aus Armut, darunter auch Energiearmut, zu befreien und zahlreiche Importwaren von ihren Märkten zu verdrängen. Afrika hat indessen eine Chance, mit Russlands Hilfe Chinas Einfluss auszugleichen und durch den Zugang zu russischer Agrartechnologie und Energie die Zahl der Hungernden zu verringern", erklärt Iwan Lisan, Leiter des Analysebüros SONAR-2050.

Eine weitere Folge wird die Schaffung neuer, gerechterer globaler Regierungssysteme sein, die von pragmatischen Mächten kontrolliert werden, und nicht von denjenigen, die ideologischen Dogmen anhängen.

"In der internationalen Politik haben sich die Integrationsprozesse im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der BRICS intensiviert. Außerdem wird an der Einführung digitaler Währungen und dem Aufbau eines internationalen Abrechnungssystems mit digitalen Währungen gearbeitet, das gegen Sanktionen immun sein sollte", sagt Lisan. Und jene Staaten, die bisher weitgehend an politische und wirtschaftliche Strukturen des Westens gebunden waren, werden in diese Systeme integriert werden. Chaschtschenko prognostiziert:

"Die Zahl von Russlands Freunden wird steigen, auch aus durch jene Staaten, die sich

bisher auf die Meinung Washingtons verlassen hatten und es sich nicht leisten konnten, eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben."

Darüber hinaus sei eine interne Umgestaltung der EU und der USA selbst, und zwar zum Besseren, zu erwarten.

Die Niederlage in der Ukraine wird den USA die Grenzen ihrer Macht aufzeigen und diejenigen politischen Kräfte in der US-Elite stärken, die sich einer aggressiven Einmischung der USA in alle weltweiten Prozesse widersetzen, quasi die Neo-Isolationisten. Und sollten diese Kräfte in Washington an die Macht kommen, werden sich die Vereinigten Staaten stärker auf innenpolitische Probleme – Drogenepidemie, wachsende Gewalt in der Gesellschaft, Migrationskrise und sonstige – konzentrieren. Also werden sie diese Probleme erfolgreicher lösen können.

Was Europa betrifft, so wird die Niederlage des Westens in der Ukraine auch die Niederlage jener Politiker sein, die sich für die endlose Ausdehnung von euro-atlantischen Institutionen nach Osten und für Russlands Ausschluss aus gesamteuropäisch wirtschaftlichen und militärpolitischen Strukturen, darunter aus dem europäischen System der kollektiven Sicherheit eingesetzt hatten. Sollten diese Kräfte durch Pragmatiker ersetzt werden, bleibt Europa die Chance, die Beziehungen zu Moskau zu normalisieren, der europäischen Industrie russische Energieträger wiederzubringen und mithilfe Russlands die Sicherheit der Alten Welt vor Bedrohungen der europäischen Souveränität zu gewährleisten.

Übersetzung aus dem Russischen. Das Original ist am 25. Januar 2024 auf vz.ru erschienen.

Geworg Mirsajan ist außerordentlicher Professor an der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation, Politikwissenschaftler und eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Geboren wurde er 1984 in Taschkent. Er machte seinen Abschluss an der Staatlichen Universität in Kuban und promovierte in Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt USA. Er war von 2005 bis 2016 Forscher am Institut für die Vereinigten Staaten und Kanada an der Russischen Akademie der Wissenschaften.

* * *

Mehr als ein interessanter Gedanke: Slawen aller Länder, vereinigt euch

<https://freedert.online/europa/193666-slawen-aller-laender-vereinigt-euch/>

28.01.2024

Der Ukrainekrieg als US-Projekt, das Slawen mordet und verheizt? Solche Stimmen aus slawischen EU-Völkern werden lauter. Darunter liegt das Prinzip des Panslawismus: ein peripher-kleines Symptom gegen neoliberal-globalistischen Größenwahn, oder eine legitime Bewegung?

Von Elem Chintsky

Als Mitte Januar 2024 der slowakische EU-Abgeordnete Miroslav Radačovský seine Rede im EU-Parlament hielt, mussten sicherlich die etablierten Bürokraten der europäischen Systempartei-Zusammenschlüsse schwer schlucken. Denn der Vorsitzende der rechtsnationalen Partei Slovenský PATRIOT hatte in Straßburg Folgendes kommuniziert:

"Wir müssen aufhören, das Töten von Slawen zu unterstützen. Wenn ihr dies nicht unterbindet, dann könnten wir, die Slawen, uns verbünden. Bruder mit Bruder. Wobei ich empfinde, dass wir uns verbünden und Westeuropa dem Erdboden gleichmachen würden. Ich

bin mir sicher, dass das hier niemand möchte. Der Krieg in der Ukraine ist ein Problem der USA – das sind ihre Interessen. Die EU hat sich zu einem Vasallen der USA verwandelt. Lasst uns Friedensverhandlungen beginnen, aber ohne die Amerikaner. Lasst uns dem Töten von Menschen Einhalt gebieten."

Der Regierungswechsel in der Slowakei, der durch die vorgezogenen Wahlen im September 2023 ermöglicht wurde, ließ dahingehend auch einen Kanal offen für eine Rückbesinnung auf konstruktive Beziehungen zur Russischen Föderation. Der Vorsitzende der Slowakischen Nationalpartei (SNS), Andrej Danko, hatte eigens für die Stärkung des nationalkonservativen Flügels während der letztjährigen Wahlkampagne, Politiker wie Miroslav Radačovský mit ins Boot genommen, um letztendlich mit einem Wahlergebnis von 5,6 Prozent der kleinste der drei neuen Koalitionspartner zu werden.

Auch die neue Kulturministerin der Slowakei, Martina Šimkovičová, ist Mitglied der Slowakischen Nationalpartei (SNS), was sich in ihrem jüngsten Schritt Richtung Annäherung zu Russland zeigt. Sie hat nämlich den Erlass der neoliberal-hörigen, Brüssel verschriebenen, zum Schein neokonservativen Vorgängerregierung unter Eduard Heger (April 2021–Mai 2023), über den Abbruch der kulturellen Beziehungen und Zusammenarbeit ihres Landes zu Russland und Weißrussland ab dem 24. Februar 2022, kürzlich rückgängig gemacht.

Weniger überraschend ist die neue Militärdoktrin Weißrusslands, die sich im Begriff sieht, bald eine Generalüberholung zu erfahren – angepasst an die europäischen und eurasischen Entwicklungen seit Februar 2022. Bereits jetzt ist aus erster Hand bekannt – nämlich von dem Vertreter des weißrussischen Generalstabs und Leiters der dortigen Informations- und Analyseabteilung, Artem Butorin –, dass Minsk die Bestimmung, dass jeder Angriff auf einen ihrer Verbündeten (zum Beispiel Russland) als Angriff gegen Weißrussland behandelt wird, beibehält. In internationalen Beziehungen könnte wohl die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Moskau und Minsk das formell am fundiertesten auftretende Beispiel für Panslawismus sein.

Die Bewegung geht auf das 19. Jahrhundert zurück und hatte mal russophobe, mal russophile Tendenzen. Besonderes Augenmerk legten die Architekten der Bewegung auf die ethnische Zugehörigkeit der Slawen, aber auch auf die Souveränität der einzelnen slawischen Reiche, welche der entscheidende gemeinsame Nenner sein sollte. Bei manchen Auslegungen sollte selbst die verschiedene Kirchenzugehörigkeit – vor allem der Katholizismus und die Orthodoxie – dabei überwunden werden.

Der einstige slowakische Nationaldichter und späterer politischer Aktivist für eine nationalistische Slowakei, Ľudovít Štúr, verfasste 1852 ein Werk, das als Gründungsschrift des Panslawismus verstanden werden könnte: "Das Slawentum und die Welt der Zukunft". Im Jahr 1856 starb Štúr. Er erlebte die russischen Publikationen seines panslawischen Werks, in den Jahren 1864 und 1909, nicht mehr. Darin argumentierte er für eine Annäherung mit dem Russischen Reich mithilfe einer panslawisch einenden Ideologie, in der Russland sogar eine Führungsrolle übernehmen sollte beziehungsweise müsse.

Das katholische Polen war selbstredend für solche Höhenflüge alles andere als empfänglich. Wohl hatte sich deshalb in Polen nach dem Ersten Weltkrieg die prowestliche Ideologie Józef Piłsudskis durchgesetzt – nicht aber die neutrale, "nationale Demokratie" eines Roman Dmowski. Dmowski – selbst ein einflussreicher Staatstheoretiker der Zwischenkriegsjahre Polens – kann zwar nicht als "Panslaw" bezeichnet werden, aber er war eindeutig dafür, dass die Zweite Polnische Republik eine unbedingte Skepsis und pragmatische Konfliktbereitschaft gegenüber dem deutschen Nachbarn beibehält und stattdessen Moskau gegenüber zumindest eine gemäßigte, friedfertige, nichtantagonistische Position bezieht. Im Hinblick auf die historische Feindschaft zwischen

Warschau und Moskau, ist die gemäßigte Attitüde gegenüber dem Kreml eines Dmowski schon unter einem polnischen Panslawismus zu verbuchen. Solche Sentiments werden in Polen teilweise in dem monarchistisch-libertär-konservativen Parteienbündnis Konfederacja veräußert und in Publikationen, wie der Mysl Polska thematisiert.

Allerhöchster Wahrscheinlichkeit nach war auch der russische Gelehrte Nikolai Danilewski einer der aufmerksamen Leser von Štúrs panslawischem Manifest. War es doch Danilewski der nur sieben Jahre nach Štúrs "Das Slawentum und die Welt der Zukunft" seine eigene panslawische Doktrin in seinem Buch, "Russland und Europa" (1871), publizierte. Danilewski sah sich als ein slawischer Prophet, der die Unausweichlichkeit einer Konfrontation zwischen der westeuropäischen und slawisch-russischen Zivilisation auf dem Alten Kontinent antizipierte. Anders als Štúr, war Danilewski bei Weitem nicht so blauäugig, was die Überwindung des kirchenideologischen "Großen Schismas" anbelangt. Für ihn war es letztendlich ein großes, unvermeidbares Entweder-oder. Somit disqualifizieren sich einige westslawische Länder durch ihre Zugehörigkeit zu Rom von einem linearen Panslawismus. In Danilewskis Interpretation für einen Erfolg der Doktrin galt die politische Souveränität der slawischen Völker als maßgebend. Des Weiteren sah er die Wiederbelebung der kulturellen Identität der Slawen als entscheidend – westliche Konzepte aus der Aufklärung, wie Individualismus und Verweltlichung der Institutionen, welche er in Form von Atheismus und Rationalismus bereits entstehen sah, verstand er dahingehend als die größten, korrumpierenden Hindernisse.

Grob sah er in einem erfolgreichen Panslawismus die geopolitische Stärkung des Einflusses der slawischen Welt, während gleichzeitig die Wahrung eines gesunden Machtgleichgewichts in der gesamten Welt wahrscheinlicher würde. Ein Autor der Staatsuniversität zu Belgorod, Nikita M. Poiminow, schrieb letztes Jahr in seiner Studienarbeit über Danilewski:

"Der Denker vertrat die Ansicht, dass Europa in einem kulturellen und historischen Kontext Russland gegenüber feindlich eingestellt war, weil es die Macht und das Ausmaß des letzteren erkannte. Es war das Potenzial für die Entstehung eines starken Reiches, das in der Lage war, die slawische Welt zu vereinen, das die Ängste der romanisch-germanischen Zivilisation hervorrief. Die Bedrohung aus dem Westen lässt laut N.Y. Danilewski zwei Szenarien für die Entwicklung der Situation zu: der Verlust der slawischen Identität, wenn sie vom germanisch-romanischen kulturgeschichtlichen Typus absorbiert wird, oder, im Bündnis mit anderen Slawen, die Bildung einer unabhängigen und starken Föderation."

Poiminow führt in seinem Papier ein Zitat Danilewskis an, welches die ganze panslawistische Doktrin sogar auf eine metaphysische, theistische Ebene hebt, die sich als essenziell entpuppt:

"Für jeden Slawen... nach Gott und seiner heiligen Kirche, – muss die Idee des Slawentums die höchste Idee sein, noch über der Freiheit, über der Wissenschaft, über der Aufklärung, über jedem irdischen Gut, denn keines dieser Güter ist für ihn ohne ihre Verwirklichung erreichbar – ohne ein geistig, national und politisch ausgeprägtes, unabhängiges Slawentum. Und im Gegenteil, alle diese Güter werden die notwendigen Folgen dieser [slawischen] Unabhängigkeit und Identität sein."

Der Verfasser des gegenwärtigen Artikels ist selbst gebürtiger Pole, der die Entwicklungen der letzten 150 Jahre für die westslawischen Nationen bestätigen kann. Polen als Nation und Volk ist im steilen Begriff, seine slawische Identität zu verlieren. Der Prozess der Assimilierung in die moderne Europäische Union – unter dem durch internationalen Wucherzins finanzierten Banner kosmetischer Varianten von "Freiheit, Gleichheit, Demokratie" – stellt genau die "Absorbierung" durch die "germanisch-romanische" Machtkultur-Zentrifuge dar. Dieser Versuch wurde mit der heutigen Ukraine auch – "bis zum letzten Ukrainer" – sehr weit, aber nicht ganz erfolgreich,

vorangetrieben. Ferner sei zu erwähnen, dass zu dieser "Absorbierung" sich auch die transatlantische NATO dazu gesellte – das US-angloamerikanische Diktat offenlegend, welches kulturell und machtpolitisch sogar noch über dem "deutschen Konstrukt" namens EU liegt. Die Westslawen – hier entscheidend, die Polen – sind derzeit noch in vehementer Leugnung, dass die einzige Alternative, ihre "slawische Identität" zu bewahren, eine Annäherung und Versöhnung mit Russland ist. Alle passiv-lethargischen "dritten Wege" Warschaws, innerhalb des westlichen Paradigmas der durch Eugenik angetriebenen Klima- und LGBT-Religion, sind zu einem dramatischen Scheitern verurteilt.

Wie bereits mehrmals hervorgehoben, grundsätzlich sind jegliche mit dem Panslawismus verbundenen politischen Projekte mit dem Ende des Ersten Weltkrieges vorerst eingebrochen, da die Vehemenz und der Drang einzelner slawischer Nationen zur "Unabhängigkeit unter westlicher Aufsicht" priorisiert wurden und oft auf Kosten anderer Slawen erreicht wurden. Die blutjunge Zweite Polnische Republik unter Józef Piłsudski, zum Beispiel, führte mit den Tschechoslowaken, den Ukrainern und den Sowjets Krieg. Die orthodoxen Serben und die römisch-katholischen Kroaten hatten seit jeher ihre Fehde, wobei die Kroaten, ähnlich wie die Ukrainer, den mordenden Faschismus zurate zogen, um die Serben zu "pazifizieren". Selbst zwischen den Slowaken und den Tschechen gibt es historisch bedingte nationale Skepsis, die für eine "panslawische" Teilnahme erst überwunden werden müsste. Von den heutigen Ukrainern und ihren verdeckt gehaltenen Konflikten mit Polen und der evidenten Feindschaft zu Russland, ganz zu schweigen. Selbst die Bolschewiki verstanden die Ideologie – offensichtlich negativ konnotiert – als ein Fragment des russischen Imperialismus, da sie in einer ihrer Urformen auf dem russischen Monarchismus basierte. Obwohl der Panslawismus später (nach dem Tod Stalins) von der Sowjetunion sporadisch genutzt wurde, um die Zugehörigkeit der Volksrepublik Polen zum Ostblock historisch zu rechtfertigen, sowie Unmut zu harmonisieren.

Heute werden Versuche, Panslawismus als aufrichtige, berechtigte politische Ideologie salonfähig zu machen, als hybride "Russifizierung durch die Hintertür" verschrien. Wenn überhaupt die Not aufkommt, im Mainstream-Diskurs das Phänomen zu behandeln, diskreditiert man es als ein von den Russen in Moskau getarntes, "imperialistisches Mittel" zur Machtergreifung innerhalb des neoliberal-progressiven Hauses Europa mit von Onkel Sam gelegtem US-Fundament. Die Russenfeindlichkeit ist im Wertewesten mittlerweile so hysterisch und irrational, dass jegliche vermeintliche Faktenlage eines sich nur ansatzweise verwirklichenden Panslawismus zu einem "russischen Irredentismus" vereinfacht wird. Als Irredentismus bezeichnet man in der Politologie die Rückführung von Territorien, die einst zu dem Land gehörten. Im Fall von Russland sind das konkret die Halbinsel Krim sowie die Donbass-Regionen – allesamt auch per Plebiszit legitimiert und per Völkerrecht zumindest im Patt-Limbo zwischen "Selbstbestimmung der Völker" und "Unverletzlichkeit der Ländergrenzen". Slawischen Völkern, wie den Polen oder Tschechen wird von ihren angelsächsischen und anderweitigen Herren vorgegaukelt, dass ihnen "dasselbe Schicksal blüht", obwohl das Letzte, was die Russen wollen würden, ist, die direkte Kontrolle und Verantwortung über diese heute problematischen und neoliberal kompromittierten Nationen zu erlangen. Präsident Putin schaudert es schon vor dem Gedanken, die Westukraine alimentieren und umerziehen zu müssen – so schwer ist es, aufmüpfige Volksgruppen zu verwalten oder zu regieren. Für einen "organischen Panslawismus" müsste unter den Westslawen eine Art authentische, freiwillige Erweckungsbewegung entstehen.

Allerdings ermöglicht keines der gemäßigten Szenarien dem Panslawismus für die nächste Dekade ein organisches Wachstum. Die viel intensiver und viel besser finanzierten, neoliberal-globalistischen Ideologien der EU und der NATO, die mittlerweile mit der Gender-Ideologie ins absolut Absurde getrieben wurden, haben zurzeit noch eine unmissverständliche, systemische Vorherrschaft, Deutungshoheit sowie informationstechnisch-propagandistische Überlegenheit. Vielleicht hat aber Radačovský eben deshalb gerade recht? Vielleicht müssen die Slawen erst

erkennen, wie sie als entbehrliches, entwertetes Kanonenfutter in einem zynischen Stellvertreterkrieg gegen Russland verheizt werden, damit ein konstruktiver, Frieden stiftender Panslawismus in einer neuen, multipolaren Welt hervorkommen kann?

Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram, auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.

* * *

Wie Jemen die Geopolitik im Nahen Osten verändert

<https://freedert.online/international/194255-wie-verarmte-jemen-geopolitik-in/>

29.01.2024

Das arabische Wort "Asabīya" bedeutet so viel wie "soziale Solidarität". Was im Westen zu einem Schimpfwort geworden ist, wird von den neuen aufstrebenden Mächten China, Russland und Iran sehr ernst genommen. Es ist jedoch der verarmte Jemen, der dieser Idee Vorschub leistet.

Von Pepe Escobar

*"Bei einer allgemeinen Änderung der Umstände ist es,
als hätte sich die gesamte Schöpfung verändert und dadurch die ganze Welt verändert,
als wäre es zu einer neuen und wiederholten Schöpfung gekommen,
zu einer Welt, die neu ins Leben gerufen wurde."*

— Ibn Chaldūn, nordafrikanischer Historiker und Politiker (1332 – 1406)

Die jemenitischen Widerstandskräfte der Ansar Allah haben von Anfang an deutlich gemacht, dass sie eine Blockade der Meerenge von Bab al-Mandab im südlichen Roten Meer nur gegen israelische oder für Israel bestimmte Schiffe verhängen. Ihr einziges Ziel war und bleibt es, den von der israelischen, biblischen Psychopathen begangenen Völkermord im Gazastreifen zu stoppen.

Als Reaktion auf einen moralisch begründeten Aufruf, den Völkermord an den Menschen in Gaza zu beenden, haben die Vereinigten Staaten, die Meister des globalen Krieges gegen den Terror, die jemenitischen Huthi und die Ansar Allah vorhersehbar als eine "Terrororganisation" deklariert und eine Serie von Bombardierungen gegen unterirdisch gelegene Militäreinrichtungen der Ansar Allah lanciert – vorausgesetzt, US-Geheimdienste wissen, wo sich diese befinden – und eine Mikro-Koalition der Willigen zusammengeschustert, zu der die britischen, kanadischen, australischen, niederländischen und die bahrainischen Vasallen gehören. Ohne mit der Wimper zu zucken, erklärte die jemenitische Regierung im Gegenzug die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs zu "Globalen Terrornetzwerken".

Aber lassen Sie uns über Strategie sprechen

Mit einem einzigen Schritt nutzte der jemenitische Widerstand den geografisch-strategischen Vorteil, indem er de facto die Kontrolle über ein wichtiges geökonomisches Nadelöhr übernahm:

die Meerenge von Bab al-Mandab. Daher können sie ganze Sektoren der globalen Lieferketten lahmlegen und dem Handels- und Finanzwesen ernsthafte Probleme bereiten.

Zudem hat die Ansar Allah das Potenzial, sich zu verstärken – sollte es nötig werden. Händler am Persischen Golf haben inoffiziell das hartnäckige Gerücht bestätigt, dass der Jemen die Errichtung eines sogenannten Al-Aqsa-Dreiecks erwägen könnte – treffend benannt nach der palästinensischen Widerstandsoperation vom 7. Oktober vergangenen Jahres, die darauf abzielte, die Gaza-Division des israelischen Militärs aufzureiben und dabei Gefangene zu machen, als Druckmittel für einen umfassenden Gefangenenaustausch zwischen dem Gazastreifen und Israel.

Ein solcher Schritt würde bedeuten, dass nicht nur der Bab al-Mandab und die Route zum Suezkanal über das Rote Meer, sondern auch die Straße von Hormus selektiv blockiert werden könnten, wodurch die Öl- und Gaslieferungen nach Israel aus Katar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterbrochen werden – wobei allerdings die wichtigsten Öllieferanten Israels tatsächlich Aserbaidschan und Kasachstan sind.

Diese Jemeniten haben vor nichts Angst. Wären sie in der Lage, das Dreieck durchzusetzen – in diesem Fall allerdings nur mit direkter iranischer Beteiligung – würde dies den großen Plan des von den USA ermordeten Generals der Quds-Streitkräfte, Qassem Soleimani, auf eine kosmische Ebene hochheben. Dieser Plan birgt das realistische Potenzial, die Finanzpyramide von Hunderten Billionen US-Dollar an Derivaten endgültig zum Einsturz zu bringen – und damit das gesamte westliche Finanzsystem. Und dennoch bleibt das Al-Aqsa-Dreieck nur eine Hypothese, auch wenn der Jemen das Rote Meer und Iran die Straße von Hormus kontrollieren.

Willkommen bei der Blockade des Hegemons

Mit ihrer einfachen und klaren Strategie haben die Huthi vollkommen verstanden, dass je tiefer sie die strategielosen USA in eine Art "unerklärten Krieg" in den westasiatischen geopolitischen Sumpf hineinziehen können, sie umso mehr der globalen Wirtschaft ernsthaften Schmerz zufügen können, was der Globale Süden dem US-Hegemon in die Schuhe schieben wird.

Zu diesem Zeitpunkt ist der Schiffsverkehr im Roten Meer, im Vergleich zum Sommer 2023, um die Hälfte zurückgegangen. Lieferketten sind unberechenbar geworden, Schiffe, die Lebensmittel befördern, sind gezwungen, Afrika zu umrunden – und dabei zu riskieren, ihre Fracht nach Ablauf des Verfallsdatums auszuliefern, wodurch, wie vorherzusehen war, die Inflation im gesamten EU-Agrarsektor – im Wert von 70 Milliarden Euro – rasant in die Höhe getrieben wird.

Man sollte nie ein in die Enge getriebenes Imperium unterschätzen

Die im Westen ansässigen Versicherungsgiganten haben die Regeln der begrenzten Blockade von Ansar Allah vollkommen verstanden: Russische und chinesische Schiffe haben beispielsweise freie Durchfahrt durch die Meerenge von Bab al-Mandab. Globale Versicherer haben sich lediglich geweigert, Schiffe aus den USA, Großbritannien und Israel abzusichern – genau wie die Jemeniten es beabsichtigt hatten. Wie vorherzusehen war, verwandelten die USA das Narrativ in eine große, fette Lüge: Die Ansar Allah würden die gesamte Weltwirtschaft angreifen.

Washington verschärfte umgehend die Sanktionen gegen den Jemen, was keine große Sache darstellt, da der jemenitische Widerstand das islamische Finanzsystem nutzt. Es verstärkte die Bombardierungen und setzte im Namen der unantastbaren "Freiheit der Schifffahrt" – die schon immer selektiv angewendet wurde – seine Karten auf die "internationale Gemeinschaft", einschließlich auf die Staaten des Globalen Südens, und flehte um Gnade wie: "Bitte haltet die Schifffahrtswege offen". Das Ziel der neu formulierten, amerikanischen Täuschung besteht darin,

den Globalen Süden dazu zu bringen, seine Unterstützung für die Strategie der Ansar Allah aufzugeben.

Man beachte diesen entscheidenden Taschenspielertrick der USA: Fortan wird Washington in einer neuen perversen Wendung der "Operation Genozid-Absicherung" das Rote Meer für die ganze Welt blockieren. Washington selbst wird wohlgerne verschont bleiben. Die US-Schifffahrt ist auf Handelsrouten im Pazifik angewiesen und nicht auf westasiatische. Dies wird die Belastung für asiatische Kunden und insbesondere für die europäische Wirtschaft, die bereits die schweren Auswirkungen der mit der Ukraine verbundenen Energiesanktionen gegen Russland einstecken musste, noch zusätzlich verstärken.

Wie Michael Hudson, Professor für Ökonomie an der Universität Missouri-Kansas City, es interpretiert hat, besteht eine starke Wahrscheinlichkeit, dass die Neokonservativen, die für die US-Außenpolitik zuständig sind, tatsächlich forcieren wollen, dass der Jemen und Iran das Al-Aqsa-Dreieck umsetzen: "Es werden die Hauptabnehmer von Energie in Asien sein, China und weitere Länder, denen dadurch Schaden zugefügt wird. Und das wird den Vereinigten Staaten noch mehr Macht geben, die Ölversorgung der Welt als Verhandlungsmasse einzusetzen, bei dem Versuch, diese neue internationale Ordnung neu zu verhandeln und letztlich zu kontrollieren."

Das ist in der Tat die klassische Vorgehensweise eines Imperiums des Chaos.

Die Aufmerksamkeit auf "unsere Leute in Gaza" lenken

Es gibt keine stichhaltigen Beweise dafür, dass das Pentagon auch nur die geringste Ahnung hat, was seine Tomahawk-Raketen im Jemen treffen. Aber selbst mehrere Hundert Raketen werden nichts ändern können. Ansar Allah, die bereits acht Jahre lang ununterbrochener Feuerkraft der USA, Großbritanniens, Saudi-Arabiens und der Emirate ausgesetzt waren – und im Grunde siegreich geblieben sind – werden auch jetzt trotz einiger Raketenangriffe mehr nicht nachgeben.

Sogar die üblichen "anonymen, nahe am Weißen Haus Quellen", teilten gegenüber der *New York Times* mit, dass "die Lokalisierung der Angriffsziele im Jemen, sich als schwieriger erwiesen hat als erwartet, im Wesentlichen aufgrund der mangelhaften US-Informationen über Luftverteidigung, Kommandozentralen, Munitionsdepots sowie Drohnen- und Raketenlager und Produktionsstätten".

Es war recht aufschlussreich zu hören, wie der jemenitische Premierminister Abdel-Aziz bin Habtour die Entscheidung der Ansar Allah zur Blockade von Israel, als "basierend auf humanitären, religiösen und moralischen Aspekten" bezeichnete. Er bezog sich dabei vor allem auf "unsere Leute in Gaza". Und die Gesamtvision, so erinnerte er uns, "entspringt der Vision der Achse des Widerstands". Es ist eine Referenz, die kluge Beobachter als das ewige Vermächtnis von General Soleimani erkennen werden.

Mit einem ausgeprägten historischen Gespür – von der Gründung Israels über die Suez-Krise bis zum Vietnamkrieg – erinnerte der jemenitische Premierminister daran, dass "Alexander der Große die Küsten von Aden und jene der Insel Sokotra erreicht hatte, dort aber besiegt wurde". Die Invasoren versuchten, die Hauptstadt des historischen Staates, Sabah, zu besetzen und scheiterten. Wie viele Länder haben im Laufe der Geschichte versucht, die Westküste des Jemen zu besetzen und sind gescheitert – einschließlich Großbritannien?

Für den Westen und sogar für die globale Mehrheit ist es absolut unmöglich, die jemenitische Denkweise zu verstehen, ohne ein paar Fakten direkt vom Hohepriester der Geschichte zu erfahren. Gehen wir also zurück zum Meister der Universalgeschichte des 14. Jahrhunderts, Ibn Chaldūn – dem Autor des Buches "Muqaddima" über islamische Theorie.

Ibn Chaldūn knackt den Kodex der Ansar Allah

Die Familie von Ibn Chaldūn war ein Protagonist des Aufstiegs des Arabischen Reiches, die im 7. Jahrhundert an der Seite der ersten Armeen des Islam unterwegs war, von der kargen Schönheit der Täler von Hadramaut im heutigen Südjemen bis zum Euphrat.

Entscheidend ist, dass Ibn Chaldūn ein Vorläufer von Immanuel Kant war, der die brillante Einsicht anbot, dass "die Geografie die Grundlage der Geschichte ist". Kant las zudem den andalusischen Philosophiemeister Averroes aus dem 12. Jahrhundert sowie andere Schriftsteller, die mit Platons Werken in Berührung gekommen waren, und er verstand, wie sich dieser auf die moralische Stärke "des ersten Volkes" im Timaios aus dem Jahr 360 v. Chr. bezog.

Ja, das läuft auf "moralische Stärke" hinaus – für den Westen nur ein lauer Scherz, für den Osten jedoch eine wesentliche Philosophie. Ibn Chaldūn verstand, wie die Zivilisation begonnen hatte und wie sie von Menschen mit natürlicher Güte und Energie ständig erneuert wurde. Von Menschen, die die natürliche Welt verstanden und respektierten, die in einer Leichtigkeit lebten, durch Blutsbande vereint oder durch eine gemeinsame revolutionäre Idee oder einen gemeinsamen religiösen Antrieb zusammengebracht. Ibn Chaldūn definierte Asabīya als jene Kraft, die Menschen zusammenhält.

Wie so viele Wörter im Arabischen weist Asabīya eine Reihe unterschiedlicher, lose zusammenhängender Bedeutungen auf. Am relevantesten sind wohl Korpsgeist, Teamgeist und Loyalität zum eigenen Volksstamm – genau wie Ansar Allah es uns vormachen.

Wie Ibn Chaldūn zeigt, wird die Macht der Asabīya, wenn sie umfänglich genutzt wird und weit über den Stamm hinausreicht, mächtiger als die Summe ihrer einzelnen Teile und kann zu einem Katalysator für die Umgestaltung der Geschichte werden, Imperien errichten oder zerschlagen; Zivilisationen fördern oder sie zum Zusammenbruch zwingen. Wir erleben definitiv einen Asabīya-Moment, der durch die moralische Stärke des jemenitischen Widerstands herbeigeführt wird.

Fest wie ein Fels in der Brandung

Ansar Allah verstanden von Natur aus die Bedrohung durch den endzeitlich geprägten Zionismus – der zufällig ein Spiegelbild der christlichen Kreuzzüge darstellt, die vor einem Jahrtausend stattgefunden hatten. Und die Ansar Allah sind praktisch die Einzigen, die versuchen, diesen Zionismus zu stoppen. Als zusätzliche Zugabe entlarven sie den plutokratischen US-Hegemon erneut als Bomber des Jemen, des ärmsten arabischen Nationalstaats, in dem mindestens die Hälfte der Bevölkerung weiterhin "ernährungsunsicher" ist. Aber Ansar Allah sind nicht ohne schwere Waffen, so wie die paschtunischen Mudschahedin, die in Afghanistan die NATO demütigten.

Zu ihren Anti-Schiffs-Marschflugkörpern gehören die Sayyad und die Quds Z-O mit einer Reichweite von bis zu 800 Kilometern sowie die Al-Mandab 2 mit einer Reichweite von bis zu 300 Kilometern. Zu ihren ballistischen Raketen zur Schiffsabwehr gehören die Tankil mit einer Reichweite von bis zu 500 Kilometern, die Asef mit einer Reichweite von bis zu 450 Kilometern und die Al-Bahr Al-Ahmar mit einer Reichweite von bis zu 200 Kilometern. Dieses Arsenal deckt den südlichen Teil des Roten Meeres und des Golfs von Aden ab, nicht jedoch etwa die Inseln des Sokotra-Archipels.

Die jemenitischen Huthi, die etwa ein Drittel der Bevölkerung des Landes ausmachen und das Rückgrat des Ansar Allah-Widerstands bilden, haben ihre eigenen internen Ziele: eine faire Vertretung in der Regierung zu erreichen – sie haben den Arabischen Frühling im Jemen ausgelöst – Schutz ihrer Glaubensgemeinschaft der Zaiditen, die weder Schiiten noch Sunniten sind, den

Kampf für die Autonomie des Gouvernements von Sa‘da und die Wiederbelebung des Imamats der Zaiditen, das vor der Revolution von 1962 existierte. Jetzt prägen sie das große Ganze. Es ist also kein Wunder, dass Ansar Allah die arabischen Vasallen des US-Hegemons erbittert bekämpft – insbesondere diejenigen unter ihnen, die während der Trump-Regierung ein Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen zu Israel unterzeichnet haben.

Der Krieg Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate gegen den Jemen, den der US-Hegemon "von der Seitenlinie aus angeführt hat, war ein Sumpf, der Riad sieben Jahre lang mindestens sechs Milliarden Dollar pro Monat kostete. Es endete mit einem wackeligen Waffenstillstand im Jahr 2022 und einem faktischen Sieg der Ansar Allah. Es sollte dazu angemerkt werden, dass ein unterzeichnetes Friedensabkommen von den USA, trotz der Bemühungen Saudi-Arabiens, ein Abkommen zu besiegeln, abgelehnt wurde.

Jetzt stellen Ansar Allah Geopolitik und Geoökonomie nicht nur mit ein paar Raketen und Drohnen auf den Kopf, sondern auch mit einer Fülle von List und strategischem Scharfsinn. Um sich auf die chinesische Weisheit zu berufen, so stelle man sich einen einzelnen Felsen vor, der den Lauf eines Baches verändert, der dann wiederum den Lauf eines mächtigen Flusses verändert.

Epigonen von Diogenes können immer, wenn auch halb im Scherz, anmerken, dass die strategische Partnerschaft zwischen Russland, China und Iran, mit ihren eigenen, gut platzierten Felsen, möglicherweise zu einer gerechteren Ordnung beigetragen hat. Das ist das Schöne daran: Möglicherweise können wir diese Felsen nicht sehen, sondern nur die Auswirkungen, die sie verursachen. Was wir jedoch sehen, ist der felsenfeste jemenitische Widerstand.

Die gegenwärtige Realität zeigt, dass der US-Hegemon erneut in den Autopilot-Modus zurückgekehrt ist: bomben, bomben, bomben. Und in diesem speziellen Fall bedeutet bomben eine Neuausrichtung des Narrativs über einen Völkermord, der in Echtzeit von Israel begangen wird, dem Flugzeugträger des Imperiums in Westasien. Dennoch können Ansar Allah jederzeit den Druck erhöhen, indem sie fest an ihrem eigenen Narrativ festhalten und – angetrieben von der Macht der Asabīya – dem US-Hegemon ein zweites Afghanistan bescheren. Im Vergleich dazu werden der Irak und Syrien wie ein Wochenende im Disneyland aussehen.

Zuerst erschienen in englischer Sprache bei The Cradle.

Pepe Escobar ist ein unabhängiger geopolitischer Analyst und Autor. Sein neuestes Buch heißt "Raging Twenties" (Die wütenden Zwanziger). Man kann ihm auf Telegram und auf X folgen.

* * *

Der "Correctiv-Komplex": Heimliche Artikel-Korrektur des Begriffs "Deportation" zu "Vertreibung"

<https://freedert.online/inland/194434-correctiv-komplex-heimliche-artikel-korrektur/>

30.01.2024

Correctiv, ein vermeintliches 'Recherchenetz', veröffentlicht einen Artikel, in dem behauptet wird, dass eine private Versammlung "Deportationen" aus Deutschland plane. Medien und Politik starten umgehend eine AfD-Kampagne, mit dem Effekt landesweiter Demonstrationen. Nun wurde der Hauptvorwurf seitens Correctiv umformuliert.

Von Bernhard Loyen

Ein noch nicht abschätzbarer und abschließend zu bewertender Medienskandal im jungen Jahr 2024 nimmt stetig und dynamisch an inhaltlicher Fahrt auf. Der Startschuss der zunehmenden Irritationen, Unterstellungen, Verleumdungen sowie verbaler und schriftlicher inhaltlicher Korrekturen ist ein Artikel aus dem "Medienhaus "Correctiv", so die *ARD-Tagesschau*, die vermeintlich investigativen Rechercheure bezeichnend. Das Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* nutzt den Begriff "Recherchezentrum".

Der medienwirksame Correctiv-Artikel vom 10. Januar trägt den Titel: "Neue Rechte – Geheimplan gegen Deutschland". Im Correctiv Online-Shop ("Bücher für die Gesellschaft") findet sich parallel seit dem 29. Januar die Ankündigung folgender Publikation: "Der AfD-Komplex – Vorbestellung". Unmittelbar nach der Veröffentlichung der "Correctiv-Recherche" vollzog sich eine breite medial-politische Kampagne zu reinen Ungunsten der Partei AfD, obwohl nachweislich auch Mitglieder der CDU und der dieser Partei nahestehenden "Werteunion" in Potsdam bei dem skandalisierten Privattreffen vor Ort waren.

Der landesweite Effekt einer gleichlautenden, rein diskreditierenden Berichterstattung spiegelt sich in hunderten Demonstrationen gegen "Rechts", "Nazis", jedoch auch unterstellten "Deportationsabsichten beziehungsweise -plänen" der Teilnehmer im Potsdamer Hotel. Unisono vermehren und nutzen deutsche Mainstreammedien diese Begrifflichkeiten:

- *Deutschlandfunk*, 12.01.: "Nach Deportations-Treffen mit AfD-Leuten"
- *Der Stern*, 12.01.: "In einer Potsdamer Villa trafen sich AfD-Mitglieder mit organisierten Rechtsextremen, um Massendeportationen nicht deutschstämmiger Menschen zu planen."
- *T-Online*, 12.01.: "Sie hecken mit Neonazis Pläne für einen Frontalangriff auf die deutsche Demokratie und die massenhafte Deportation von Deutschen mit Migrationshintergrund aus"
- *Berliner Tagesspiegel*, 16.01.: "Die AfD diskutiert über Massendeportationen von Menschen"
- *Zeit Online*, 19.01.: "Scholz nennt Pläne zu Deportationen 'Angriff auf unsere Demokratie'"
- *Der Spiegel*, 23.01.: "AfD, FPÖ und Deportationspläne" (in der URL zum Artikel)
- *Taz*, 24.01.: "Nach Enthüllungen über Deportationspläne – Zehntausende protestieren gegen AfD"
- *Süddeutsche Zeitung*, 25.01.: "Wie Münchner Migranten auf rechtsradikale Deportationspläne reagieren"
- *Frankfurter Rundschau*, 28.01.: "Warnung am Holocaust-Gedenktag: 'Heute wird wieder die Deportation von Millionen geplant'"

Am 28. Januar war dann Anette Dowideit zu Gast im "ARD-Pressclub", "stellvertretende Chef-Redakteurin von Correctiv, das Netzwerk, das die Meldung veröffentlicht hat, die die Dinge in Bewegung gebracht hat", so die wörtliche Anmoderation des Gastgebers. Dowideit meinte sich in der Sendung überraschend rechtfertigen zu müssen, um in ihren Darlegungen im Fernsehstudio zu

behaupten:

"Aber wir haben das nicht geschrieben – bezogen auf die im Correctiv-Artikel nachweisliche Erwähnung der Wannseekonferenz – (...) Wir haben auch nicht von Deportationen gesprochen oder so. Das wurde dann von denen, die es interpretiert haben, in diese Ecke gebracht."

Realität und Fakt Nummer Eins:

In dem Correctiv-Artikel vom 10. Januar finden sich folgende Passagen:

"Was (Martin) Sellner – ein österreichischer Gastredner – entwirft, erinnert an eine alte Idee: 1940 planten die Nationalsozialisten, vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren (...) Womöglich ist es auch Zufall, dass die Organisatoren gerade diese Villa für ihr konspiratives Treffen gewählt haben: Knapp acht Kilometer entfernt von dem Hotel steht das Haus der Wannseekonferenz, auf der die Nazis die systematische Vernichtung der Juden koordinierten."

Realität und Fakt Nummer Zwei:

Im Correctiv Online-Shop lautete die Formulierung der Bewerbung zur Publikation: "Der AfD-Komplex" bis zum 29. Januar wie folgt:

"Der Angriff der AfD auf unsere Demokratie begann nicht erst mit dem Potsdamer Geheimgespräch im November 2023. Die Pläne zur Deportation Millionen Deutscher mit Migrationshintergrund markieren nur für jeden sichtbar den offenen Rechtsextremismus der Faschisten in der AfD."

Ebenfalls am 29. Januar schreibt die leitende Correctiv-Redakteurin Anette Dowideit in einem X-Posting:

[Screenshot]

Zudem unterstellt sie in dem mehrteiligen X-Posting, in empörtem Duktus, dass sie "über X viele Fragen zur Finanzierung von Correctiv und zu einer von einem Desinformationsportal verbreiteten, unwahren Verschwörungstheorie zur Recherche erreichen" würde. Gemeint ist die Webseite "Tichys Einblick", des deutschen Journalisten und Publizisten Roland Tichy. Des Weiteren kündigt Dowideit an, die Plattform X zu verlassen, da "bei diesen Nutzern – von weiteren Anfragen – Argumente auf Basis von Fakten nicht funktionieren" würden: "Für faktenbasierte Diskussionen bin ich über andere Plattformen erreichbar".

Im Verlauf des 29. Januar entschied sich dann die Correctiv-Redaktion, den argumentativen Verkaufstext zur AfD-Publikation in ihrem Shop zu ändern. Dieser lautet nun:

"Der Angriff der AfD auf unsere Demokratie begann nicht erst mit dem Potsdamer Geheimgespräch im November 2023, an dem hochrangige AfD-Politiker teilnahmen. Die Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland markieren nun für jeden sichtbar den Rechtsextremismus in der AfD. CORRECTIV recherchiert seit 2016 zur AfD."

Die Begrifflichkeit "Deportation" wurde zu auffällig strategisch auf "Vertreibung" umformuliert. Die Wortwahl "Millionen Deutscher mit Migrationshintergrund" wurde bewusst gekürzt auf "Millionen Menschen aus Deutschland". Der zuvor gewählte Verweis auf eine "faschistische AfD" wurde komplett gestrichen. "Offen rechtsextrem" moderater geändert zu "sichtbar". Es erfolgten bis dato auf der Webseite keinerlei Hinweise inhaltlicher Neuerungen.

In dem X-Posting unterstellt Dowideit zudem, dass "die AfD versucht seit dem Erscheinen der Recherche, von den Inhalten des Geheimgtreffens abzulenken und stattdessen Correctiv zum Gesprächsthema zu machen".

Realität und Fakt Nummer Drei.

In der *Berliner Zeitung* erschien ebenfalls am 29. Januar ein sehr interessanter und aufschlussreicher Artikel zum Thema Correctiv und Hintergrundauffälligkeiten. Der Titel lautet samt einleitendem Text:

"Geheimgtreffen im Innenministerium? Das besprach Correctiv mit der Bundesregierung – Ein Treffen von Correctiv mit Vertretern der früheren Bundesregierung wirft Fragen auf. 'Wir führen über diese Arten von Treffen kein Buch', sagt das Rechercheportal."

So heißt es zu Beginn des Artikels, dass Teilnehmer des skandalisierten Potsdamer Treffens, "darunter Politiker der AfD, CDU und Werteunion", dem Correctiv-Team mittlerweile vorwerfen würden, "nicht unabhängig zu berichten, gar eine staatlich gewollte Kampagne gegen die rechte Opposition zu fahren". Der Artikel informiert weiter:

"Doch das ist nicht das erste Mal, dass die Frage gestellt wird, wie eng Correctiv wirklich mit dem Staat vernetzt ist. Seit Anfang vergangenen Jahres ist bekannt: Am 2. Juni 2020 war Correctiv – neben Vertretern von Youtube und Facebook – bei einem Treffen im Bundesinnenministerium vertreten. Das Thema: Die Bekämpfung von 'Desinformation' im Kontext der Corona-Pandemie."

Der journalistische Blog "Tichys Einblick" titelte bereits zuvor am 25. Januar: "Verfassungsschutz wusste Bescheid", um seinen Lesern zu präsentieren:

"Im Kreise von wohlgesonnenen Journalisten plauderte Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang (CDU) aus, dass sein Dienst schon vor dem vermeintlich rechten Geheimgtreffen im Potsdamer Hotel 'Landhaus Adlon' über das Wer, Wann und Wo bestens Bescheid wusste."

Vier Tage später, am ereignisreichen 29. Januar, lautet dann die hartnäckige Tichy-Fortsetzung erwartbarer, jedoch immer seltenerer journalistischer investigativer Arbeit alter Schule:

"Zwei Anfragen – Eine Antwort – Bundesregierung bestätigt indirekt die Involvierung des Verfassungsschutzes in der Correctiv-Affäre."

Zu den jüngsten Ereignissen in der Causa "Correctiv-Komplex", hinsichtlich diffuser Vorwürfe, Verleumdungen, pikierter Rückzüge, provoziertes und unprofessioneller Missverständnisse, heißt es im Artikel:

"Correctiv wirft Tichys Einblick vor, eine diesbezügliche Falschmeldung zu verbreiten. Die Involvierung des Verfassungsschutzes und dessen Zusammenarbeit mit einem vermeintlich unabhängigen 'Rechercheportal' würde schließlich nicht nur den deutschen Staat, sondern auch den deutschen Journalismus desavouieren. Es wäre eine Mischung aus Spiegel-Affäre und Watergate."

Zitierte Anfragen zur Causa, zweier Mitglieder des Bundestags an die Bundesregierung – Martina Renner (Linke) und André Hahn (Linke) – hätten gewohnt Widersprüchliches ergeben. Vermeintlich eindeutig, dabei mit beabsichtigter Nebelgranate durch schwammige Formulierungen, heißt es in der Beantwortung an die beiden Linken-Politiker:

"Nach sorgfältiger Abwägung ist die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, dass eine

Beantwortung der Frage nach dem Erkenntnisstand zur Veranstaltung am 25. November 2023 in Potsdam aufgrund entgegenstehender überwiegender Belange des Staatswohls nicht erfolgen kann."

Mehr als erkenntnisreich, für das Correctiv-Redaktionsteam eher kontraproduktiv in der Außenwirkung, heißt es freundlich erläuternd weiter:

"Ist eine Frage – wie im Falle der dieser Beantwortung zugrundeliegenden Anfrage – auf eine bestimmte Veranstaltung mit einem bestimmtem Teilnehmerkreis sowie einem bestimmtem Kreis an Personen, die vorab Kenntnis von einer bestimmten Veranstaltung gehabt haben, bezogen, so könnten aus einer Beantwortung stets Rückschlüsse auf geheimhaltungsbedürftige Informationen gezogen werden. Diese drohende nachhaltige Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit könnte einen gravierenden Nachteil für die wirksame Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden und damit für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland bedeuten."

Natürlich rein mutmaßend könnte daher die vermeintlich super-professionell ausgestattete Investigativ-Truppe aus dem "Medienhaus Correctiv" lediglich der nützliche und naive Multiplikator einer rein dem Verfassungsschutz (BfV) dienlichen Diskreditierungsmaßnahme gegen die AfD darstellen.

Interessierte Bürger dürfen daher auf die kommenden, sehr wohl erwartbaren, Erklärungsversuche von Anette Dowideit und Kollegen mehr als gespannt sein. Das eigentliche Ziel von Kanzleramt und BfV – manipulative Massenmobilisierung wahrer Demokraten – setzt sich derweil im ganzen Land fort. *Der Spiegel* vermeldet per erwünschtem Rapport in der jüngsten Ausgabe titelnd: "Die Wehrhaften – Wie die Bürgerproteste die AfD stoppen könnten".

* * *

Krise total: Deutschlands Wirtschaft im Abwärtssog

<https://freedert.online/wirtschaft/194441-krise-total-deutschlands-wirtschaft-im/>

31.01.2024

In einem kürzlich veröffentlichten Artikel der Schweizer Zeitung "20 Minuten" wird ein kritischer Blick auf die deutsche Wirtschaft geworfen, der wenig Raum für Optimismus lässt. Die Analyse präsentiert Fakten, die die Schwächen und Herausforderungen der deutschen Wirtschaft beleuchten. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Deindustrialisierung und den zunehmenden Problemen, die sich in verschiedenen Sektoren manifestieren.

Die präsentierten Fakten von *20Min* werfen einen kritischen Blick auf Deutschlands Wirtschaft, suggerieren eine Nation im wirtschaftlichen Wandel. Die Herausforderungen der Deindustrialisierung und die prekäre Lage der Deutschen Bahn erfordern eine tiefgehende Analyse und entschlossene Maßnahmen, um die wirtschaftliche Zukunft zu sichern.

Während Finanzminister Christian Lindner auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos humorvoll bemerkt, dass Deutschland nicht der "kranke Mann Europas" sei, sondern lediglich "mehr Kaffee brauche", zeigen bedeutende wirtschaftliche Indikatoren eine rückläufige Entwicklung. Erste Schätzungen deuten darauf hin, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 0,3 Prozent gesunken ist.

Deutschland steht somit als einzige größere Industrienation im Minus. Der Begriff "Rezession", aus dem Lateinischen abgeleitet, deutet auf einen Rückgang der Wirtschaft hin – ein Zustand des Abschwungs oder Rückgangs. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dient als objektiver Maßstab für die

Konjunktorentwicklung, und eine technische Rezession wird offiziell erklärt, wenn das BIP in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresquartalen nicht wächst, sondern rückläufig ist. Die vorliegenden Entwicklungen werfen somit Fragen über die Richtung und die Zukunft der deutschen Wirtschaft auf.

1. **Deindustrialisierung und schlechte wirtschaftliche Kennzahlen:** Was befürchtet wurde, ist nun Realität. Alles deutet darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft einen besorgniserregenden Zerfall erlebt, begleitet von negativen Trends in entscheidenden ökonomischen Indikatoren. Besonders alarmierend ist die drohende Deindustrialisierung, die Unternehmen dazu veranlasst, verstärkt ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Dieser Trend könnte nicht nur die Wirtschaftsleistung beeinträchtigen, sondern auch zu einer drastischen Zunahme von Entlassungen führen.
2. **Die prekäre Situation der Deutschen Bahn** ist exemplarisch für die schwierige Lage. Mit einer Verschuldung von über 30 Milliarden Franken (ca. 32 Milliarden Euro) und täglich steigenden Schulden stellt die Bahn einen alarmierenden Zustand dar. Die Unpünktlichkeit der Züge und monatelange Vollsperrungen ohne angemessene Ersatzpläne im Sommer werfen ernsthafte Fragen auf. Selbst renommierte Medien wie das "Wall Street Journal" haben sich darüber gewundert, dass Deutschland, das für sorgfältige Planung und Pünktlichkeit bekannt ist, Schwierigkeiten hat, seine Züge auf Kurs zu halten. Dies beleuchtet die Managementprobleme innerhalb der Deutschen Bahn und deren Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr.
3. **Die Rezession in Deutschland ist nun offiziell bestätigt.** Die Wirtschaftslage zeigt eindeutige Anzeichen für eine rückläufige Entwicklung, und Deutschland befindet sich als einzige größere Industrienation im Minus. Die deutsche Wirtschaft steckt fest in der Rezession. Eine solche Situation wird definiert, wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für mindestens sechs aufeinanderfolgende Monate schrumpft. Diese wirtschaftliche Schrumpfung hat weitreichende Auswirkungen, darunter auch Entlassungen.

Die Staatsverschuldung in Deutschland erreichte im Herbst fast 2,5 Billionen Franken (ca. 2,67 Billionen Euro), was einem Anstieg um etwa 45 Milliarden Franken (ca. 48,1 Milliarden Euro) entspricht. Die einstige Exportnation verzeichnet einen Rückgang ihrer Ausfuhren, wobei die Exporte im November im Vergleich zum Vorjahresmonat um fünf Prozent sanken. Parallel dazu gingen die Importe um 12,2 Prozent zurück.

Die Stimmung unter den Unternehmen hat sich zum Jahresbeginn weiter verschlechtert, wie der ifo-Geschäftsklimaindex im Januar mit einem Rückgang auf 85,2 Punkte zeigt. Sowohl die aktuelle Lage als auch die Erwartungen für die kommenden Monate wurden pessimistischer bewertet. Obwohl im verarbeitenden Gewerbe der Geschäftsklimaindex stieg, blieben die Erwartungen düster. Im Dienstleistungssektor und im Handel verschlechterten sich die Aussichten, während das Bauhauptgewerbe weiterhin negative Entwicklungen verzeichnete.

Das ifo-Institut hat seine Wachstumsprognose für 2024 auf 0,7 Prozent reduziert, im Vergleich zu den zuvor prognostizierten 0,9 Prozent. Dieser Rückgang wird teilweise auf zusätzliche Einsparungen im Bundeshaushalt zurückgeführt, die aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts notwendig wurden. Diese Maßnahmen könnten sich negativ auf Unternehmen, Haushalte und Staatsausgaben auswirken, was zu weiteren konjunkturellen Herausforderungen führen könnte.

Die deutsche Chemieindustrie steht bereits mit beiden Beinen inmitten einer gravierenden Deindustrialisierung, ausgelöst durch eine anhaltend schwache Konjunktur und hohe Energiekosten. Innerhalb von nur zwei Jahren hat der drittgrößte Industriezweig Deutschlands etwa 23 Prozent

seiner Produktionskapazität eingebüßt. Berechnungen auf Basis prognostizierter Indexwerte lassen wenig Gutes erwarten und deuten darauf hin, dass sich die Situation für die Branche nicht stabilisieren wird.

Führende Manager in der deutschen Chemiebranche äußern erhebliche Skepsis bezüglich einer raschen Erholung und beschreiben die aktuelle Lage als ein tiefes und langanhaltendes Tal. Es bleibt unklar, wann die deutsche Chemieindustrie wieder signifikant wachsen wird. Die deutschen Chemieunternehmen sehen sich mit den weltweit höchsten Strompreisen konfrontiert, was ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Trotz einer steigenden Anzahl von Unternehmen, die ihre Produktion drosseln oder ins Ausland verlagern, versucht die Regierung mit einem milliardenschweren Strompreispaket gegenzusteuern. Bisher war jedoch der Erfolg dieser Maßnahmen begrenzt.

Experten wie Hans-Werner Sinn warnen vor einer Deindustrialisierung Deutschlands, die teilweise auf die politisch gewollte Wende zur Elektromobilität zurückzuführen sei. Unternehmen, darunter der weltgrößte Chemiekonzern BASF, reagieren auf diese Herausforderungen, indem sie Arbeitsplätze streichen und Produktionskapazitäten reduzieren. Die Diskussion über den vermeintlichen "Umstieg auf Elektromobilität" wird von Hans-Werner Sinn als nicht vorhersehbaren politischen Willen und als Ergebnis von Interessenkonflikten innerhalb der EU beschrieben.

Aktuell sehen viele mittelständische, familiengeführte Unternehmen keine klare Perspektive mehr, zieht die Schweizer Zeitung *20Min* ein Resümee.

* * *

Furcht vor Flächenbrand: Israel und Libanon bereiten sich auf einen Krieg vor

<https://freedert.online/der-nahe-osten/194690-furcht-vor-flaechenbrand-israel-und/>

01.02.2024

Die Aussicht auf einen umfassenden Krieg zwischen Israel und der Hisbollah versetzt die Menschen auf beiden Seiten der Grenze in Angst und Schrecken. Viele Beobachter glauben, dass der nächste Krieg zwischen der Hisbollah und Israel der letzte wäre, aus dem nur ein Sieger hervorgeht.

Von Armin Schmitt

Die Aussicht auf einen umfassenden Krieg zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah-Miliz versetzt die Menschen auf beiden Seiten der Grenze in Angst und Schrecken. Israel soll seine Truppen an der Grenze zu Libanon verstärkt haben, wobei ein arabisches Land der Hisbollah glaubwürdige Informationen übermittelt haben soll, dass Israel eine groß angelegte Invasion im Libanon starten werde.

Der erste Krieg zwischen Hisbollah und Israel von 2006, sechs Jahre nach dem Rückzug der israelischen Besatzungstruppen aus dem Südlibanon, brach aus, nachdem die Hisbollah bei einem grenzüberschreitenden Überfall zwei israelische Soldaten gefangen genommen und mehrere andere getötet hatte.

Israel startete eine groß angelegte Luft- und Bodenoffensive und verhängte eine Blockade, um die Geiseln zu befreien und die militärischen Kapazitäten der Hisbollah zu zerstören – eine Mission, die letztlich scheiterte. Ein Krieg zwischen Israel und der Hisbollah "wäre eine totale Katastrophe",

warnte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, im vergangenen Monat inmitten einer hektischen Pendeldiplomatie der USA und Europas. Seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober haben sich die Hisbollah und Israel täglich grenzüberschreitende Angriffe geliefert, die allmählich eskalierten. Israel hat auch gezielte Tötungen von Hisbollah- und Hamas-Angehörigen im Libanon durchgeführt, während Hisbollah eine neue Front im Norden gegen Tel Aviv eröffnet hat. Die Scharmützel sind mittlerweile so viel intensiver und häufiger geworden, dass man sich an die Situation im Vorfeld des Kriegs von 2006 erinnert fühlt. Mehr als 200 Menschen wurden bisher laut AP-Informationen auf libanesischer Seite getötet, 18 auf israelischer Seite.

Seit der Hamas-Offensive im Hinterland Israels sind im Grenzgebiet 80.000 Israelis dem Evakuierungsauftrag der Regierung gefolgt. Es gibt keine unmittelbare Aussicht auf ihre Rückkehr. Im Falle eines Kriegs wären zusätzliche Evakuierungen obsolet, da die Raketen und Flugkörper der Hisbollah ganz Israel erreichen können.

Führende israelische Politiker und Militärs haben die Hisbollah gewarnt, dass ein Krieg immer wahrscheinlicher wird, wenn sich die Kämpfer nicht von der Grenze zurückziehen.

Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah hat zwar nicht mit einem Krieg gedroht, aber vor einem Kampf "ohne Grenzen" gewarnt, falls Israel dies tun sollte. Die Hisbollah erklärt, sie werde einem Waffenstillstand an der israelisch-libanesischen Grenze erst dann zustimmen, wenn es einen Waffenstillstand im Gazastreifen gibt, und habe nach Angaben libanesischer Beamter einen Vorschlag der USA abgelehnt, ihre Streitkräfte mehrere Kilometer von der Grenze zurückzuziehen.

Ein ausgewachsener Krieg würde sich wahrscheinlich auf mehrere Fronten ausweiten und die Beteiligung iranischer Stellvertreter in Syrien, Irak und Jemen eskalieren lassen – und vielleicht sogar Iran selbst einbeziehen. Dies könnte auch die USA, Israels engste Verbündete, tiefer in den Konflikt hineinziehen. Die USA haben bereits zusätzliche Kriegsschiffe in die Region entsandt.

Die Hisbollah soll über 150.000 bis 200.000 Raketen und Flugkörper unterschiedlicher Reichweite verfügen. Dieses Waffenarsenal sei mindestens fünfmal so groß wie das der Hamas und weitaus präziser. Die gelenkten Geschosse der Miliz könnten Wasser-, Strom- und Kommunikationseinrichtungen sowie dicht besiedelte Wohngebiete erreichen. Im Libanon würden die Luftangriffe wahrscheinlich die Infrastruktur zerstören und möglicherweise Tausende Menschen töten. Israels Präsident Benjamin Netanjahu hat seinerseits damit gedroht, "Beirut in Gaza zu verwandeln". Israel ist weitaus besser geschützt und verfügt über mehrere Luftabwehrsysteme, darunter der Iron Dome (zu Deutsch: Eiserne Kuppel), der nach israelischen Angaben Raketen mit einer Erfolgsquote von etwa 90 Prozent abfangen soll. Bei einem massiven Raketenbeschuss kann das System jedoch überfordert sein. Vor diesem Hintergrund glauben viele Beobachter, dass der nächste Krieg zwischen der Hisbollah und Israel der letzte wäre, aus dem nur ein Sieger hervorgeht.

* * *

Meinung

Auschwitz und Leningrad gehören untrennbar zusammen

<https://freedert.online/meinung/193916-auschwitz-und-leningrad-gehoren-untrennbar-zusammen/>

26.01.2024

Jedes Jahr am 27. Januar veröffentlichen Politiker Bilder von sich, auf denen sie an Auschwitz erinnernde Schilder mit klugen Sprüchen hochhalten. Daran, dass genau ein Jahr vor Auschwitz eine große Stadt befreit wurde, in der eine Million Menschen von der Hand derselben Täter starben, erinnert niemand.

Von Anton Gentzen

Diesen Samstag ist es wieder so weit: Facebook, X/Twitter und wie sie alle heißen, werden wie jedes Jahr geflutet sein mit Fotos vorrangig linker und grüner Politiker, die jeweils ein Schildchen in die Kamera halten, auf dem auf Deutsch und auf Hebräisch etwas Kluges über Auschwitz steht. Es ist der 27. Januar, Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Jahr 1945, und dieses Posieren für die Kamera mit einem Schildchen ist inzwischen ein Ritual, das in für Politiker gedruckte Kalender festen Eingang gefunden hat.

Was es dagegen nie gab und auch dieses Jahr wahrscheinlich nicht geben wird, ist, dass dieselben Politiker eines anderen Ereignisses gedenken. Des Endes der Blockade Leningrads nämlich, das ebenfalls am 27. Januar sogar ein rundes Jubiläum feiert.

An Leningrad und seine Toten zu erinnern, gehört nicht zur jährlichen Nomenklatur der Politikerrituale und gilt offenbar selbst unter Abgeordneten der Linken als nicht woke und als "politisch nicht opportun". Ich bin bei gefühlt der Hälfte der Linkenabgeordneten der vorhergehenden Legislaturperiode auf Facebook und Twitter gesperrt, weil ich sie einst mit etwas Nachdruck an die doppelte Bedeutung des 27. Januar zu erinnern wagte. Bei Abgeordneten anderer Parteien habe ich es übrigens nicht einmal versucht: Es besteht nicht einmal eine theoretische Chance, dass etwa ein Grüner oder ein Liberaler verstehen würde, was ich meine.

Dabei ist es beinahe mystisch, wie Gott oder Geschichte die beiden Ereignisse – die Befreiung Leningrads aus der tödlichen Schlinge der deutsch-finnischen Belagerung im Jahr 1944 und die Befreiung des Todeslagers Auschwitz ein Jahr später – auf ein und dasselbe Datum gelegt und damit für alle Ewigkeit miteinander vermählt haben. Das Datum ist nicht die einzige Gemeinsamkeit: An beiden Orten starben in etwa je eine Million Menschen.

Beide Ortsnamen stehen als Sinnbild für jeweils einen der beiden Aspekte der verbrecherischen Natur des deutschen Faschismus: Auschwitz für den Genozid an den europäischen Juden und Leningrad für den Genozid an den Völkern der Sowjetunion. Der absoluten Zahl der Getöteten nach in dieser Reihenfolge: an Russen (6,9 Millionen ermordete Zivilisten und 5,8 Millionen gefallene Soldaten), an Ukrainern (6,5 Millionen Zivilisten und 1,4 Millionen gefallene Soldaten), an sowjetischen Juden (2,7 Millionen ermordete Zivilisten und 142.000 gefallene Soldaten) und an Weißrussen (1,1 Millionen ermordete Zivilisten und 252.000 gefallene Soldaten).

An den einen Aspekt zu erinnern, den anderen zu unterschlagen, bedeutet, dass man das Verbrecherische im deutschen Faschismus nur zur Hälfte (und damit nicht wirklich) begreift und verurteilt.

Aber vielleicht ist es ja auch die Erklärung für die auffällige Einseitigkeit der Gedenkrituale deutscher Politiker: dass sie gar kein Problem mit dem Hitlerismus hätten, wenn er die europäischen Juden in Ruhe gelassen und sich allein auf die Vernichtung von Russen, Ukrainern und Weißrussen, derjenigen, die Hitler "slawische Untermenschen" nannte, beschränkt hätte? Das würde in der Tat vieles erklären, etwa die erstaunliche Toleranz für Russophobie und die Diskriminierung Russischsprachiger in der Ukraine, in Estland, in Lettland. Auch die eigene Cancel-Culture und die Begeisterung, mit der deutsche Waffen ihrem ursprünglichen Zweck – der Tötung von Russen – zugeführt werden.

Versuchen wir eine mildere Interpretation. Vielleicht ist all das ja nichts Bewusstes, doch die Einseitigkeit der deutschen Erinnerung ist in jedem Fall Beleg dafür, dass Deutschland die Lektionen seiner Geschichte nur zur Hälfte (und damit nicht wirklich) gelernt hat. Dann muss man sich auch nicht wundern, dass der nicht gelernte Teil jetzt wiederholt wird, und zwar auch und insbesondere von denen, die aufgeregte Antifaschisten sind, wenn sie Spuren von Antisemitismus entdecken.

Wenn es überhaupt einmal argumentiert wurde, warum man der Befreiung von Auschwitz gedenkt und der Leningrads nicht, dann war es ein Hinweis auf den "Ausnahmecharakter des Holocaust" und auf den "industriellen Charakter" der Vernichtung der Juden in Auschwitz.

Leningrad muss demnach ein homöopathisches, naturbelassenes Vernichten mit Normcharakter gewesen sein. Nein, sicher bezwecken die so Sprechenden nicht eine Verhöhnung der Toten der Stadt an der Newa, aber sie kommt eben dabei raus. Dabei ist die ganze Diskussion insoweit unnötig, als die Erkenntnis der herausragenden und in der Weltgeschichte bislang tatsächlich einmaligen Bösartigkeit des Holocaust, über die man reden darf und sogar muss, niemanden daran hindern kann, sich des anderen Aspekts des verbrecherischen Wesens des deutschen Faschismus bewusst zu sein. Zwei Schilder statt nur einem in die Kamera zu halten oder zwei Selfies nacheinander zu schießen, wenn man schon das eigentlich Untrennbare trennen will, kann kaum unzumutbaren Aufwand erzeugen.

Es schmälert nicht das Andenken an die eine Opfergruppe, wenn man auch der anderen gedenkt. Dagegen sendet es in der Tat ein Signal der Missachtung, wenn man die eine Gruppe schlicht mit Schweigen übergeht, weil angeblich nur die andere gewichtig und des Gedenkens wert sei.

Ja, Gott oder Geschichte haben die Befreiung von Leningrad und diejenige von Auschwitz nicht ohne Grund auf ein Datum gelegt. Es hat einen mystischen Sinn, aber auch einen durch und durch praktischen: An ihrem Gedenken werdet ihr sie erkennen – die echten Antifaschisten und die, die nur Auschwitz-Schilder hochhalten.

* * *

"Gefahren durch mRNA-Impfstoffe": Wissenschaftler fordern endlich Auskunft vom Paul-Ehrlich-Institut

<https://freedert.online/meinung/194155-gefahren-durch-mrna-impfstoffe-wissenschaftler/>
27.01.2024

Corona machte die mRNA-Technologie im Eiltempo markttauglich. Doch erforscht ist vieles nicht, Studien fördern immer mehr Probleme zutage. Trotzdem mauern die Behörden, darunter das deutsche Paul-Ehrlich-Institut. Ein Professorenteam lässt nicht locker und dringt auf Antworten.

Von Susan Bonath

Um die Corona-Impfstoffe ist es still geworden, die mRNA-Technologie scheint sich, zur Freude einiger Pharmakonzerne, am Markt durchgesetzt zu haben. Geschehen konnte das so reibungslos, weil Behörden ernste Probleme bis heute systematisch unter den Teppich kehren. Das verdeutlicht die Odyssee eines Teams deutscher Wissenschaftler. Seit über zwei Jahren prallen sie mit fundierten Fragen beim Hersteller BioNTech und beim Paul-Ehrlich-Institut (PEI) rigoros ab. Es geht offenbar um Profit statt Forschung.

Konzern und Behörde schweigen

Jörg Matysik, Gerald Dyker, Andreas Schnepf und Martin Winkler sind renommierte Professoren in verschiedenen Spezialrichtungen der Chemie. Als klar wurde, dass die mRNA-Impfstoffe ungewöhnlich viele unbekannte, teils kaum behandelbare Nebenwirkungen verursachen und für Todesfälle sorgten, begannen sie auf eigene Faust zu forschen. Doch was der Pharmakonzern BioNTech und die deutsche Behörde für Impfstoffsicherheit PEI ihnen seit Anfang 2022 schuldig bleiben, sind Daten.

Nun haben die hartnäckigen Professoren erneut einen Fragenkatalog an das PEI geschickt. Darüber berichtete vor einigen Tagen die *Berliner Zeitung*, die die Odyssee der deutschen Wissenschaftler von Anfang an begleitet. Letztere stellen in ihrem Papier zunächst fest:

"Die Probleme der auf modRNA basierenden Impfstoffe werden immer offensichtlicher."

Tückische mRNA-Technologie

Die Chemiker beziehen sich unter anderem auf eine im Dezember 2023 im Fachmagazin *Nature* erschienene Studie, die sich mit den Problemen des auf modifizierter RNA beruhenden Wirkprinzips des Pfizer/BioNTech-Impfstoffs befasst.

Diese künstlich veränderte RNA wird für die neuen Impfstoffe, zu denen auch das Präparat von Moderna gehört, in winzige Fettkügelchen verpackt, um vom Immunsystem nicht erkannt und sofort zerstört zu werden. So soll sie in Körperzellen eindringen und diese veranlassen, das Hüllprotein des Coronavirus herzustellen. Auf das selbstproduzierte Antigen, sogenannte Spikes, reagiert schließlich das Immunsystem.

Übersetzt stellten die Studienautoren fest, dass es aufgrund der gentechnischen Veränderung der RNA häufig zu "Lesefehlern" kommen könne: Die Zellen würden dann nicht, wie erwartet, eins zu eins das erwünschte Spikeprotein wie auf der Virushülle herstellen, sondern Eiweißpartikel unbekannter Zusammensetzung und Funktion. Dieses Problem habe bereits die Forschung an der mRNA-Technologie viele Jahre vor Corona zutage gefördert, so die Professoren. Es sei bis heute

ungeklärt.

So beobachteten die Studienautoren auch bei ihren 21 Probanden diese unerwünschten Proteine nach ihrer Impfung, gegen die ihr Immunsystem gleichsam Antikörper gebildet habe. Zwar hätten die Forscher keinen unmittelbaren Zusammenhang zu bestimmten Nebenwirkungen feststellen können. Allerdings sei, so die Chemiker, die untersuchte Gruppe viel zu klein gewesen, um dazu Aussagen treffen zu können.

Die Autoren der Studie kamen trotzdem zum Schluss, das Schadenspotenzial der unerwünschten Proteine müsse untersucht werden, insbesondere auf fehlgeleitete Immunreaktionen. Aufklären müssten dies die internationalen Gesundheitsbehörden. Doch da herrscht das große Schweigen.

Die unbeantworteten Fragen

Die *Berliner Zeitung* führte zahlreiche Medienberichte auf, in denen sich verschiedene Fachleute kritisch äußern und weitergehende Forschung verlangen. Auch die Chemieprofessoren wollen endlich Antworten vom PEI bekommen. Sie fragen etwa, wie lange ihm das Problem bekannt sei, welche Untersuchungen es veranlasst habe und warum es öffentlich dazu schweigt, anstatt seiner Aufgabe nachzukommen, die Bevölkerung vor möglichen Gefahren zu schützen.

Denn grundsätzliche Probleme der mRNA-Technologie seien bereits in den Zulassungsstudien erkennbar gewesen. Renommiertere Wissenschaftler, wie beispielsweise Peter Doshi, der den Schaden der mRNA-Präparate größer als den Nutzen einstufte, hätten frühzeitig darauf hingewiesen. Das Professorenteam um Matysik kritisiert:

"Weshalb trotzdem eine bedingte Zulassung und anschließend sogar eine reguläre Zulassung erfolgt ist, ist aus unserer Sicht wissenschaftlich nicht nachvollziehbar, da die Daten der klinischen Studie eindeutig dagegen sprechen."

Hinzu komme erschwerend, dass die Substanzen für die Zulassungsstudie mit einem anderen Verfahren hergestellt worden seien als für ihre breite Anwendung. Es sei erwiesen, dass die Massenproduktion zu diesen und weiteren Problemen führe, wie etwa eine "signifikante DNA-Verunreinigung, deren Auswirkungen noch nicht abgeschätzt werden können."

Erneut verlangt das Professorenteam vom PEI eine Stellungnahme. Die "mangelhafte Transparenz erschüttert das Vertrauen in die mRNA-Technologie", begründet es seinen weiteren Vorstoß. Die im Katalog aufgeführten wichtigen Fragen seien umgehend zu klären. Bis dahin sei die Vermarktung von Präparaten mit modifizierter RNA dringend zu stoppen, um weiteren Schaden von der Bevölkerung abzuwenden, heißt es. Auch die *Berliner Zeitung* erklärte, vom PEI eine Stellungnahme zu verlangen.

Grundsätzliche Probleme unerforscht

Doch ein Umdenken der deutschen Behörde für Impfstoffsicherheit ist kaum zu erwarten. Zu festgefahren ist die Praxis, zu viel steht auf dem Spiel. Geheimniskrämerei und Wegducken sind angesagt. Denn käme heraus, dass der Staat zugunsten von Profitinteressen der Pharmaindustrie ein Verfahren durchgedrückt haben könnte, ohne sein Schadenspotenzial zu analysieren, mit anderen Worten: ein riesiges Experiment an der Bevölkerung durchführte, käme dies wohl einer Korruption gigantischen Ausmaßes gleich.

Aber auch ohne Verunreinigung durch DNA oder eine forcierte fehlerhafte Proteinsynthese und dadurch vielleicht bedingte schwere Autoimmunreaktionen ist der mRNA-Forschungsstand

problematisch. Es gibt auf viele Fragen bis heute keine Antworten. Die mRNA-Partikel können praktisch überall im Körper hingelangen, in fast jede Zelle eindringen, auch im Herzen oder Gehirn. Dass dies praktisch passierte, ist erwiesen.

Wo genau also der Impfstoff bei einer Person hingelangen, wie lange er dort und überhaupt im Körper bleiben und Zellen zur Produktion von Virusspikes oder anderen, unerwünschten Proteinen anregen wird, kann niemand im Einzelfall vorhersehen. Unbekannt ist, wie ein bestimmter Mensch darauf reagieren wird, was der genaue Auslöser für manch schwere Nebenwirkung ist und wie man diese gezielt behandeln kann. Man weiß nicht einmal, ob und wie diverse Zusatzstoffe, vor allem bestimmte Fette, abgebaut werden.

Staatliche Vertuschung für Pharmaprofite?

Es drängt sich seit langem ein Verdacht auf: All das will möglicherweise niemand klären, weil die mRNA-Technologie billig und tauglich für Massenproduktion, somit einfach zu profitträchtig ist. Längst ist geplant, sie bei vielen anderen Impfstoffen gegen verschiedene Erkrankungen einzusetzen.

Würden künftig alle Impfstoffe durch solche Getherapeutika ersetzt, wäre das eine wahre Goldgrube für einen Geschäftszweig, der bisher eher nicht durch einen besonderen Fokus auf das Wohlergehen der Menschheit, dafür allerdings durch Umgehung von Standards und zahlreiche Skandale mit Todesfällen auffiel. Ist das der Grund, warum nicht nur deutsche Behörden selbst die auffälligsten Probleme vertuschen und sich damit zu Pharmedien machen?

* * *

Wie West-Eliten versuchen, die Geschichte umzuschreiben

<https://freedert.online/meinung/194194-wie-west-eliten-versuchen-geschichte/>

28.01.2024

Seit drei Jahren werden Vertreter Russlands nicht mehr zu Veranstaltungen eingeladen, die der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee gewidmet sind. In Luxemburg wurde nun der russische Botschafter erst zu der jährlichen Gedenkfeier ein-, aber dann wieder ausgeladen.

Von Rainer Rupp

Am 27. Januar 1945 befreite die vorrückende Rote Armee der Sowjetunion das Konzentrationslager Auschwitz, in dem die deutschen Nazis während des Zweiten Weltkriegs mit einer Art industriellen Tötungsverfahren zwischen 1,5 bis 2 Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten und Ethnien ermordet haben.

In diesem Jahr am Sonnabend, dem 27. Januar, fanden europaweit und darüber hinaus wieder die Gedenkfeierlichkeiten an das ungeheuerliche Verbrechen statt. Dabei ereignete sich im Herzen der Europäischen Union, in Luxemburg, ein unglaublich-scheußlicher Vorfall. Der Direktor des Nationalmuseums für Widerstand und Menschenrechte, in dem auch der ermordete luxemburgische Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Besatzer gedacht wird, ein gewisser Herr F. Schröder, beschloss plötzlich, die Einladung des russischen Botschafters zu der Zeremonie zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zurückzuziehen. Der russische Botschafter in Luxemburg, D. Lobanov, schickte ihm daraufhin einen offenen Brief, in dem er ihn daran erinnerte, wessen Truppen das Konzentrationslager befreiten und wem Luxemburg als unabhängiger Staat seine Existenz verdanke.

Die Luxemburger Lokalzeitung *Tageblatt* bezeichnete den beschämenden Vorgang als eine "peinliche Panne". In ihren historischen Dimensionen stellt diese "Panne" jedoch einen handfesten Skandal dar. Das gewerkschaftseigene *Tageblatt* und die Anzeigenzeitung *L'essentiel* berichteten, dass dem Botschafter der Russischen Föderation "versehentlich" eine Einladung zum "Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust" zugestellt worden sei. Darauf angesprochen, erklärte das Nationale Widerstandsmuseum als Veranstalter des Gedenkens, man habe dem Botschafter mitgeteilt, dass er "nun nicht mehr eingeladen" sei.

"Worum geht es hier?", fragte die *Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek*, die Tageszeitung der KP des Kleinstaates, und erklärte ihren Lesern, dass der 27. Januar im Jahr 2005 von der UNO zum "Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust" erklärt worden war. Anlass sei der 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Soldaten der Roten Armee der Sowjetunion gewesen. Die Bilder der sowjetischen Soldaten, die das Tor des KZ aufstoßen und von den dort eingepferchten Häftlingen als Befreier begrüßt werden, die Fotos von den Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee, die den Befreiten medizinische Hilfe leisten und Essen verteilen, gingen zu diesem Anlass seither um die Welt.

Allerdings ist der 27. Januar bereits kurz nach seiner Erhebung zum Gedenktag auch politisch missbraucht worden. So erhebt der Staat Israel bis heute alleinigen Anspruch darauf, den Tag als "seinen" israelischen Gedenktag zu begehen. Ja, dem Terror der deutschen Faschisten, unterstützt von deren Verbündeten und Hilfswilligen, sind insgesamt sechs Millionen Juden zum Opfer gefallen, doch Juden waren nicht die ersten Opfer der Faschisten.

Die ersten Konzentrationslager der Nazis wurden errichtet für politische Häftlinge, nachdem die "normalen" Gefängnisse bereits mit Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und anderen Antifaschisten vollgestopft waren. Später kamen Kriegsgefangene und Nazi-Gegner aus allen von den deutschen Faschisten überfallenen und besetzten Ländern hinzu, auch aus Luxemburg.

Die Befreiung von Auschwitz war also nicht nur eine Befreiung für die jüdischen Häftlinge, sondern für Menschen aus fast allen Ländern Europas. Der Gedenktag ist also ihnen allen gewidmet. Weiter schreibt die luxemburgische KP-Tageszeitung:

"Angesichts der seit Jahren geschürten Konfrontation mit Russland, vor allem angesichts des Krieges in der Ukraine, wird die Russische Föderation aus dem öffentlichen Leben unserer Länder verbannt. Dem russischen Botschafter in Luxemburg wurde schlicht mitgeteilt, dass die Ukraine an dem Gedenken teilnehmen wird, und Ukrainer seien ja Teil der Roten Armee gewesen. Hat man je davon gehört, dass Vertreter der USA nach ihren Kriegsverbrechen in Hiroshima, Vietnam, Irak – die Liste ist lang – von Gedenkveranstaltungen ausgeladen wurden?"

In der Roten Armee kämpften Angehörige aller Nationen und Nationalitäten der Sowjetunion. Dieselbe Rote Armee wurde damals in der Ukraine von ukrainischen Faschisten und Nationalisten bekämpft, mit der Waffe, Seite an Seite mit der deutschen Wehrmacht. Die Anführer dieser Hilfswilligen, die aktiv an dem Massenmord an Juden beteiligt waren, werden in der heutigen Ukraine staatsoffiziell als "Nationalhelden" gefeiert. Und das ist der eigentliche Skandal: Repräsentanten des Staates, der Juden-Mörder als "Nationalhelden" verehrt, sollen heute in Esch (Stadt in Luxemburg) der ermordeten Juden gedenken."

Auf seine Ausladung hat der Botschafter der Russischen Föderation in Luxemburg mit einem

offenen Brief an den Museumsdirektor geantwortet. Der Brief ist in französischer Sprache und kann über diesen Link auf X (vormals Twitter) auf dem Profil der Russischen Botschaft in Luxemburg aufgerufen werden. Die wichtigsten Passagen des Briefes habe ich übersetzt und sie folgen hiernach:

"Sehr geehrter Herr Direktor,"

(Nach den in diplomatischen Briefen üblichen Höflichkeitsfloskeln folgt der Kern des Offenen Briefes.)

"es stellen sich jedoch einige Fragen. War es "aus Versehen", dass Sie mir die Einladung geschickt haben? Haben sie den Botschafter des Landes, dessen Armee vor 79 Jahren, im Januar 1945, dieses Vernichtungslager befreit und seine noch lebenden Märtyrer gerettet hatte, aus Versehen zur Zeremonie zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz eingeladen?"

War es 'aus Versehen', dass Sie den Botschafter des Landes eingeladen haben, das auf Kosten von 27 Millionen Menschenleben einen entscheidenden Beitrag zum Sieg über den deutschen Nationalsozialismus geleistet hat. Ich denke, niemand wird es wagen zu leugnen, dass die Karte Europas und wahrscheinlich auch der Welt ohne diese kollektive Leistung des sowjetischen Volkes heute anders aussehen würde. Und es gäbe sicherlich weder das Großherzogtum Luxemburg, zumindest nicht als souveränen Staat, noch das Museum, das zu leiten Sie die Ehre haben.

Herr Direktor,

wie alle Museumsfachleute auf der ganzen Welt müssen Sie Geschichte lieben und kennen. Ich bin überzeugt, dass Sie diesen zweiten Brief, in dem Sie die Einladung zur Gedenkfeier widerrufen, niemals selbst geschrieben haben. Nur wer die Geschichte nicht kennt oder sie vergessen möchte, um sich nicht mit seinen politischen Spielereien zu blamieren, könnte Ihnen eine so ungeschickte Geste vorgeschlagen haben. Es steht mir nicht zu, zu erraten, welche Gefühle Sie hatten, als Sie diesen zweiten Brief unterschrieben haben, aber ich gebe zu, dass ich mich an Ihrer Stelle schämen würde.

Gezeichnet D. Lobanow

Botschafter der Russischen Föderation

im Großherzogtum Luxemburg"

Dies ist ein weiterer Vorfall, der den hartnäckigen Wunsch der europäischen Eliten dokumentiert, nicht einmal vor irrwitzigen Maßnahmen zurückzuschrecken, um unbequeme Tatsachen, die nicht ins aktuelle politische Narrativ passen, aus der Geschichte auszuradiieren. Inzwischen glauben schon die meisten Menschen in den USA und im Westen, dass die US-Armee ganz allein die Wehrmacht zerschlagen und ganz Europa, West und Ost, von den Nazis erlöst hat. Wenn dieser Trend so weitergeht, wird es in ein paar Jahren heißen, dass die siegreiche US-Armee zuerst Auschwitz und dann die undankbaren Russen von den Nazis befreit hat. Und mit KI-hergestellte Fotodokumente werden das schon in den Schulbüchern "beweisen".

Nachtrag: Die Geschichte wird jedoch schneller umgeschrieben, als ich befürchtet habe. Dafür hat die große deutsche Historikerin und Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, bereits am 26. Januar, einen Tag vor dem diesjährigen Auschwitz-Gedenktage, gesorgt. In ihrer offiziellen Erklärung "Nie wieder gilt jetzt" findet man den Satz:

"Am 27. Januar 1945 hatten die Alliierten das Konzentrations- und Todeslager Auschwitz-Birkenau befreit."

* * *

Ein Gespenst geht um in Europa: Bauernaufstand in Frankreich?

<https://freedert.online/meinung/194327-gespenst-geht-um-in-europa/>

29.01.2024

Ein Gespenst geht um in Europa: das Gespenst eines Bauernaufstandes. Im Moment ist die so formulierte Beschreibung vielleicht noch etwas übertrieben, aber zumindest in den Büros der Europäischen Kommission und in den Regierungen vieler Mitgliedstaaten spürt man bereits einen kleinen Hauch von Panik.

Von Pierre Lévy

In Deutschland und Frankreich, aber auch in den Niederlanden, Belgien, Spanien, Polen, Rumänien und sogar im dennoch sehr EU-disziplinierten Litauen haben sich Landwirte bereits mobilisiert oder sind noch dabei, um ihre gesellschaftlich nützliche Arbeit zu verteidigen und sich zugleich die Mittel für ein würdiges eigenes Leben zurückzuerobern.

In Deutschland scheint diese Bewegung noch lange nicht abgeflaut zu sein. Sie erlebte am 15. Januar einen spektakulären Höhepunkt, als Traktoren und Demonstranten in Berlin zusammenkamen. Die französischen Bauern starteten später, aber die Wut, die sich zunächst Mitte Januar durch die Besetzung einer Autobahn im Süden des Landes gezeigt hatte, verbreitete sich innerhalb weniger Tage wie ein Lauffeuer im Land. Blockierte Verkehrswege, besetzte Kreisverkehre: die jahrelang aufgestaute Verzweiflung explodierte plötzlich.

Ein Anlass hat dieses Feuer entfacht: die Bekanntmachung von der schrittweisen Abschaffung der bisherigen Steuerbefreiung für den Kraftstoff landwirtschaftlicher Maschinen (sogenannter Dieselmotorkraftstoff für den Nichtstraßenverkehr, GNR). Dasselbe Element hatte bereits die Mobilisierung der deutschen Bauern ausgelöst. Und diese angeblich "grüne" Steuermaßnahme erinnert an den Funken, der Ende 2018 die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich ausgelöst und die Herrschaft von Emmanuel Macron tiefgreifend destabilisiert hatte.

Eine weitere Gemeinsamkeit mit den Gelbwesten ist die sehr breite Unterstützung, die sich sofort unter den Franzosen zeigte, wie es auch bei den Protesten gegen die Rentenreform im Jahr 2023 der Fall war. Die Bauern, die sich für Straßensperren mobilisiert hatten, sammelten unzählige Solidaritätsbekundungen. Für Landwirte, die sich oft als ungeliebte Menschen fühlen, die beschuldigt werden, den Planeten zu verschmutzen, sind diese Unterstützungen eine wichtige Hilfe und Ermutigung.

Wenn man dann noch bedenkt, dass sich erste Übereinstimmungen mit den wütenden Fischern oder den Straßentransport-Kleinunternehmen abzeichneten, versteht man, warum der neue französische Premierminister Gabriel Attal bereit war, sozusagen "Ballast" abzuwerfen – in der Hoffnung, einen möglicherweise außer Kontrolle geratenden Brand zu löschen.

Am 26. Januar begab sich Attal also vor Ort – auf einen landwirtschaftlichen Betrieb in der Nähe von Toulouse – und kündigte ein Bündel von Maßnahmen an: die Lockerung bestimmter ökologischer Standards, die Lockerung der Kontrollen, einen Notfallfonds und vor allem die Rücknahme der geplanten Steuererhöhung auf den in der Landwirtschaft unverzichtbaren

Dieseldieselkraftstoff GNR. Es ist aber nicht sicher, ob dies alles ausreicht, um die aufgebracht Landwirte zu beruhigen.

Auch wenn die politischen Rahmenbedingungen in den einzelnen EU-Ländern unterschiedlich sind, gibt es viele Parallelen zu den dramatischen Schwierigkeiten, mit denen der ländliche Raum überall konfrontiert ist. Die vielen kleinen und mittleren Landwirte sind zunehmend gefangen zwischen sinkenden Realeinkommen (insbesondere durch den Druck der Lebensmittelindustrie und der großen Handelsketten als zunehmend monopolisierte Abnehmer) und steigenden Kosten: Steuern, aber auch die Preise für Düngemittel sowie die Energiekosten (als Folge der von der EU gegen Russland verhängten Sanktionen) und die immer teurer gemachten Bankkredite (insbesondere im Zusammenhang mit den Zinsentscheidungen der Europäischen Zentralbank).

Wenn man dann noch die von der EU-Kommission in Brüssel verordneten Umweltauflagen (und den daraus resultierenden ausufernden Verwaltungsaufwand) hinzunimmt, versteht man die Verzweiflung, die sich überall breitmacht. Viele Landwirte, die häufig jede Woche siebzig bis achtzig Arbeitsstunden aufbringen, um ein monatliches Einkommen zu erzielen, das unter dem Mindestlohn liegt, oder sogar das Jahr mit höheren Ausgaben als Einnahmen abschließen, verzweifeln dann an der Zukunft ihrer Tätigkeit. Ein Bauer in Zentralfrankreich hat kürzlich auf seinem Traktor folgendes Schild angebracht: "Ich bin Viehzüchter, ich ernähre euch, ich sterbe."

Angesichts der aufkommenden Bewegungen ähneln sich die Reaktionen der verschiedenen nationalen Regierungen. Erstens heißt es: "Landwirte, wir lieben Euch." Zweitens kommt dann: "Nicht Europa ist verantwortlich. Drittens folgt dann die Drohung: "Vorsicht, Sie spielen der extremen Rechten in die Hände."

Der erste Punkt ist nur das implizite Eingeständnis der Machtverhältnisse, der dritte Punkt spiegelt die Tatsache wider, dass die sogenannten "populistischen" Parteien lange Zeit die einzigen waren, die einen (zweifellos nicht unbedingt aufrichtigen) Diskurs führten, der die Öffnung der Grenzen und das quasi-religiöse Dogma bezüglich Klima oder Umwelt infrage stellte.

Doch gerade der zweite Punkt ist die auffälligste Lüge: Die Europäische Union mit ihrer Kommission an den Hebeln der Macht trägt nämlich gewiss eine überwältigende Verantwortung für die derzeitige Situation. Und zwar mit insbesondere zwei Schlüsselpunkten: dem Freihandel und der ökologischen Besessenheit.

Zum ersten Punkt: Der Freihandel im Bereich des Welthandels ist Teil der DNA der EU. In den 1960er und 1970er Jahren hatten zwar die sechs Gründungsmitglieder beteuert, dass sie die Unabhängigkeit von Nahrungsmitteln sicherstellen wollten, und richteten zu diesem Zweck eine Schutzzone für die Landwirtschaft ein, die durch Zölle gegenüber dem Rest der Welt und Ausgleichssubventionen geschützt wurde.

Doch bereits in den 1990er und 2000er Jahren öffnete sich die EU dem starken Wind der Globalisierung. Im Laufe der Zeit hat die EU-Kommission, die das Monopol auf internationale Handelsverhandlungen hat, Freihandelsabkommen u. a. mit Mexiko, Chile, Kanada und Japan geschlossen, und das Abkommen mit Neuseeland wird dieses Jahr in Kraft treten.

Vor wenigen Tagen noch hat sie in Brüssel angekündigt (der Zeitpunkt könnte nicht schlimmer sein und löste also in einigen Hauptstädten, vor allem in Paris, Zähneknirschen aus), dass die Verhandlungen über ein Abkommen mit Mercosur (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) sehr bald abgeschlossen werden könnten, obwohl man dachte, sie seien im Sand verlaufen. Das wird sicherlich die europäischen Viehzüchter außerordentlich erfreuen!

Aber auch der Handel innerhalb des EU-Binnenmarktes ist nicht neutral. Denn die von Land zu Land unterschiedlichen Kosten (insbesondere der Preis für Arbeitsleistungen) führen zu einem unlauteren Wettbewerb. Dies wollten die französischen Obst- und Gemüsebauern zum Ausdruck bringen, indem sie Lastwagen mit Waren, die beispielsweise aus spanischen Industriegewächshäusern kamen, stoppten und auf den Straßensperren entleerten.

Ein Sonderfall sind Exporte aus der Ukraine, wie Getreide, aber auch Fleisch und Obst. In einer politischen Geste zur Unterstützung Kiews hob man in Brüssel 2022 die Quoten und Zolltarife für Produkte aus diesem Nicht-EU-Land auf, obwohl es weit davon entfernt ist, die Normen und Regeln der EU überhaupt einhalten zu können. Vor einigen Monaten warnten die französischen Geflügelproduzenten vor einer massiven Flut von ukrainischen Hühnern (127 Prozent Steigerung innerhalb eines Jahres), die unter Bedingungen aufgezogen wurden, die in den 27 EU-Mitgliedstaaten strikt verboten sind. Die französischen Erzeuger, aber auch die Verbraucher leiden darunter.

Am härtesten traf es jedoch die Bauern in Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Slowakei: Die in Brüssel beschlossenen Bestimmungen sahen auch "Korridore der Solidarität" vor, die den Transport von ukrainischem Getreide zu weltweiten Abnehmern erleichtern sollten, der aber durch die östlichen EU-Länder im Transitverkehr durchgehen sollte. Die unmittelbare Folge wäre ein Zusammenbrechen der Preise auf deren Heimatmärkten und der Ruin der polnischen oder rumänischen Erzeuger.

Die Aufregung war so groß, dass man in Brüssel diese Erleichterungen vorübergehend aussetzen musste. Nun werden sie aber doch wieder eingeführt, sehr zum Missfallen in Warschau und Bukarest. Von da an mobilisierten sich die Landwirte in Massen. Die neue polnische Regierung, die nach den Wahlen im November 2023 eingesetzt (und eigentlich als sehr EU-freundlich gefeiert wurde), hat angekündigt, dass sie auf diesem Gebiet die Politik ihrer "europafeindlichen" Vorgängerregierung fortsetzen werde: Sie wird nationale Zolltarife beibehalten und damit sehenden Auges gegen das EU-Recht verstoßen.

Die zweite Komponente, die dazu beiträgt, dass die europäische Landwirtschaft dem Untergang geweiht ist, ist die angeblich ökologische Besessenheit, für die sich die EU-Granden als eifrigste Kämpfer ausgeben. Zum Beispiel: Es ist genau im Namen der Umwelt, dass die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert hatte, die Besteuerung von Agrarkraftstoffen auf das gleiche Niveau wie die Besteuerung von sonstigem Dieselmotorkraftstoff anzuheben (Vorschlag für eine Richtlinie vom 14. Juli 2021).

Allgemeiner gesagt passierte das mit der Begründung, dass die EU bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens beispielhaft vorgehen müsse. Und so umfasst der sogenannte "Green Deal", der 2021 vom Rat und vom Europaparlament angenommen wurde, nicht weniger als siebenzig Verordnungen in verschiedenen Bereichen (Verbot von Verbrennungsmotoren, Kohlenstoffmarkt usw.), von denen fünfzig bereits verabschiedet wurden. Er umfasst auch einen landwirtschaftlichen Teil, der als "Farm to Fork" ("vom Bauernhof bis zur Gabel") bezeichnet wird und dessen Aussicht die ländliche Welt in höchstem Maße beunruhigt.

Dies kommt zu der bereits umgesetzten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik hinzu, die immer mehr Umweltauflagen vorsieht. Zu nennen ist auch der kürzlich verabschiedete Text mit dem Titel "Wiederherstellung der Natur", ebenso die Beschränkungen für Pflanzenschutzmittel und die Verpflichtungen zur Wiederherstellung von Feuchtgebieten, Brachflächen und Hecken.

Die Bauern des 21. Jahrhunderts sind stolz auf das, was sie tun, nämlich die Bevölkerung zu ernähren. Aber sie stellen fest, dass die EU-Technokraten in Brüssel, indem sie ihnen vorschreiben,

wie sie das tun sollen, sie in Wirklichkeit in "Landschaftsgärtner" verwandeln möchten – zur großen Freude der Agrar- und Lebensmittelkonzerne übrigens, die den Welthandel vollends beherrschen wollen...

Anfang Januar schlug ein rumänischer Landwirt auf dem Weg zur Blockade von Bukarest an: "Ihr Bauernbrüder, vereinigt euch."

Ein Gespenst geht um in Europa ...

* * *

Arbeitet Correctiv in staatlichem Auftrag? Falls ja, für welchen Staat?

<https://freedert.online/meinung/194518-arbeitet-correctiv-in-staatlichem-auftrag/>

30.01.2024

Hat der Verfassungsschutz "Correctiv" beliefert? Oder "Correctiv" ersterem zugearbeitet? Wie geht es überhaupt, dass aus einer Veröffentlichung eine derart umfassende Kampagne entsteht? Ein Netzwerk, das für den Staat arbeitet. Nur für welchen?

Von Dagmar Henn

Es ist eine interessante Frage, die im Zusammenhang mit dem "Geheimtreffen" aufgetaucht ist: Wie ist eigentlich das Verhältnis zwischen staatlichen Stellen und diesen Zusatzgeheimdiensten beschaffen? Es ist ein konkretes Detail bei der vermeintlichen "Enthüllung", das diesen Punkt sichtbar gemacht und in die Debatte gebracht hat.

Insbesondere die Inszenierung dieses Treffens im Berliner Ensemble (mit der Rotationsenergie aus Brechts Grab könnte man vermutlich inzwischen halb Berlin heizen) legte nahe, dass das Treffen nicht nur mit Kameras und durch äußere Beobachtung ausspioniert wurde, sondern dass es sich um eine nachrichtendienstliche Überwachung handelte.

Tichys Einblick stellte letzte Woche die Vermutung auf, der Verfassungsschutz habe überwacht, aber die gewonnenen Informationen an *Correctiv* weitergereicht. Neben Aussagen aus anonymen Quellen diene dabei auch die Tatsache als Argument, dass Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), eingestanden hatte, die Behörde habe bereits vor dem besagten Treffen Kenntnis von diesem wie von den geladenen Teilnehmern gehabt.

Mittlerweile hat eine Sprecherin des BfV gegenüber der *Neuen Züricher Zeitung* erklärt, man habe keine Informationen an *Correctiv* weitergegeben. So etwas sei auch "rechtlich nicht vorgesehen". Nicht wirklich erstaunlich, würde sich doch bereits die nachrichtendienstliche Überwachung dieses Treffens, die nach Darstellung von *Tichys Einblick* durch eine Wanze in einer Wanduhr erfolgte, rechtlich auf unsicherem Boden befinden; eine entsprechende Überwachung durch *Correctiv* selbst allerdings wäre unstrittig eine Straftat.

Andererseits ist *Correctiv* selbst, wie auch die Amadeu-Antonio-Stiftung und andere Teile dieses geheimdienstlichen Netzwerks, alles andere als eine von Staatsbürgern finanzierte Bürgerinitiative. Da findet sich die Luminare-Stiftung von Pierre Omidyar ebenso wie die Open-Society-Stiftung von Soros, aber eben auch die Landeshauptkasse NRW oder die Bundeskasse mit mal eben 431.059,85 Euro im Jahr 2023. Dazu kamen dann noch Mittel aus Parteistiftungen; das, was *Correctiv* mit der Zensurdienstleistung für Meta verdient, ist noch nicht einmal dabei.

Für dieses Geld werden dann unter anderem Verleumdungskampagnen wie gegen den Journalisten

Hubert Seipel gefahren, dessen großes Vergehen darin bestand, ohne Schaum vor dem Mund mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gesprochen zu haben. Oder eben mit ungeheurem Personalaufwand ein mageres Ergebnis wie das von jenem "Geheimtreffen" zum Riesenskandal aufzublasen, wobei inzwischen ja das verkaufsfördernde Schlagwort "Deportationen" angeblich von *Correctiv* nie benutzt wurde (das Internet vergisst nie!).

Man könnte jetzt schlicht diese privatwirtschaftlich organisierten Zusatzgeheimdienste als verlängerten Arm des Verfassungsschutzes betrachten; ungefähr in diese Richtung ging auch die Vermutung von *Tichys Einblick*. Aber das ist womöglich zu kurz gegriffen. Klar ist: Alle diese Strukturen agieren gelegentlich im staatlichen (nicht öffentlichen) Auftrag, aber das löst noch nicht die Frage, wer hier wen gekapert hat.

Der verbindende Faktor ist nämlich nicht der Staat. Es ist weitgehend die antideutsche Ideologie. Die bereits in den 2000ern die Jusos ebenso übernommen hatte wie die Grüne Jugend und Teile der PDS und später der Linken, von allem unter der Überschrift "Antifa" ganz zu schweigen. Es ist nicht einfach "der Staat", zu dem die guten Beziehungen bestehen, sondern Parteienvertreter, die der gleichen Ideologie anhängen, die mittlerweile die höheren Positionen erreicht haben. Wenn man noch einen Beleg dafür brauchte, wie weit sich diese Antideutschen innerhalb des politischen Personals in Deutschland durchgesetzt haben, dann muss man nur einen Blick auf die Haltung der Bundesregierung zu Israel werfen. Diese bedingungslose Unterstützung gab es früher nur vonseiten der Antideutschen.

Correctiv, Volksverpetzer, Amadeu-Antonio-Stiftung, sie alle stammen aus diesem Netzwerk. Das vor allem zwei Freunde kennt – Israel und die Vereinigten Staaten. Und dieses Netzwerk hat sich – zumindest aus der Linken weiß ich das aus persönlichem Erleben – systematisch die Parteistiftung und insbesondere die Studienförderung untergeordnet, was darauf abzielt, den politischen Nachwuchs zu kontrollieren, egal ob dieser nun tatsächlich auf politischen Positionen endet oder im Umfeld, sprich den Medien.

Bei der augenblicklichen Kampagne gegen die AfD wurden nun erstmals alle Teile dieses Netzwerks gleichzeitig aktiviert. Das gab es ansatzweise bereits bei Corona, aber nicht in diesem Ausmaß. Und im Grunde erklärt sich dieser Aktivismus in Richtung AfD weitaus besser durch die antideutschen Vorstellungen, wenn nicht gar durch den Zweck der Antideutschen, als durch die Frage, ob nun der Verfassungsschutz der Hund und *Correctiv* der Schwanz ist oder umgekehrt.

Es gibt einen scharfen Gegensatz zwischen den erklärten und den realen Zielen. Erklärt sind die Antideutschen sehr aktiv gegen Rassismus, haben aber real überhaupt kein Problem mit dessen offener, gewaltsamer Praktizierung durch den Staat Israel. Insofern ist es schwierig, zu behaupten, sie hätten ein Problem mit der AfD, weil diese rassistisch sei. Immerhin ist für sie ein offener Genozid akzeptabel, wenn ihn nur die Richtigen begehen.

Nein, um den Punkt zu finden, der sie wirklich an der AfD stört (und der übrigens auch der wahre Grund für die ganze "Querfront"-Nummer ist), muss man zurück an den Anfang der AfD gehen, die sich an genau einem Thema von der CDU abgespalten hatte: entlang der Position zum Euro in der "Eurokrise". Wobei man als Erstes daran erinnern muss, dass die größten Teile dieser Eurokrise die Folge der Rettung deutscher Banken, insbesondere der Deutschen Bank, waren; selbst Irland geriet in die Verschuldungskrise, weil eine Tochter der Deutschen Bank mit Staatsgeldern gerettet wurde. Dieses Loch war groß genug, um nicht nur 500 Milliarden aus dem Bundeshaushalt zu verschlingen.

Aber das wurde damals schnell vergessen. Die Finanzmarktkrise war noch sehr präsent, und es gab innerhalb der CDU zwei völlig unterschiedliche Ansätze, wie Deutschland damit umgehen sollte.

Der eine Teil, vertreten unter anderem von Wolfgang Schäuble, der damals die Knebelverträge mit Griechenland verbrochen hat, wollte die Gelegenheit nutzen, um die übrigen europäischen Länder stärker zu unterwerfen. Der extreme Mangel an Souveränität, der die heutige EU prägt, ist eine Folge dieser Entwicklung.

Der andere Teil der CDU war jetzt nicht notwendigerweise wesentlich sympathischer, beabsichtigte aber eine völlig andere Strategie: den Euro zu verlassen, um dadurch einen Generalangriff auf den US-Dollar zu starten. Was in einem gewissen Zeitraum tatsächlich möglich gewesen wäre; die Schweizer Nationalbank hat über Jahre hinweg viel Geld investiert, um den Kurs des Schweizer Franken zu senken und sogar spezielle Pläne entwickelt, wie man es im Falle eines Dollar- oder Euro-Crashes verhindern könne, dass zu viel Geld in die Schweiz fließt. Eben diesen Effekt hätte sich dieser putschartige Ausstieg aus dem Euro zunutze machen können. Eine neu eingeführte D-Mark wäre sofort zum Fluchtziel geworden, vermutlich sogar ohne eine Rückführung der deutschen Goldreserven aus den USA – wobei sich viele seit Jahren fragen, ob sie überhaupt noch vorhanden sind. Die Raubzüge, die die Vereinigten Staaten seither unter anderem in Libyen und in Peru unternahmen, sprechen recht klar dagegen.

Die Fraktion, die eine zweite D-Mark wollte, unterlag jedenfalls innerhalb der CDU, trennte sich dann und gründete die AfD. Dabei ging es durchaus um äußerst kapitalnahe Teile, aber nicht nur. Die Partei, die sich rund um diesen abgesprengten Teil der CDU bildete, erweiterte sich zwangsläufig in ihrer sozialen Zusammensetzung. Das macht diesen damaligen Plan nicht nett, aber die Schäuble-Version war das auch nicht; der zentrale Unterschied war, ob sich Deutschland den USA unterordnet und die anderen Europäer dafür bluten lässt, oder ob die USA als Konkurrenz oder auch als Gegner gesehen werden. In der heutigen, gewissermaßen verwässerten Variante dieser damaligen Auseinandersetzung innerhalb der CDU, nachdem das Zeitfenster für den Putsch gegen den Dollar sich längst geschlossen hat, verbleibt als Trennlinie Souveränität vs. Unterordnung.

Was gleichzeitig erklärt, warum die ganze "Querfront"-Propaganda sein musste. Weil aus der antideutschen Sicht Vertreter einer deutschen Souveränität, gleich ob konservativ oder kommunistisch, zwangsläufig zu einem Gegner verschmelzen. Denn nichts, absolut nichts lehnen die Antideutschen mehr ab als deutsche Souveränität.

Wenn jetzt also ein Teil der Antideutschen in Gestalt der privaten Nebengeheimdienste mit anderen Antideutschen kooperiert, die mittlerweile in Verwaltung und Regierung sitzen, wer handelt dann in wessen Interesse? Selbst wenn man sich darauf einigen könnte, dass Correctiv in staatlichem Auftrag handelt – *Tichys Einblick* umgeht die entscheidende Frage. Die lautet nämlich: für welchen Staat?

Der deutsche ist es, bei allem Getöse von der bedrohten Demokratie, auf keinen Fall. Nein, trotz der vorangetragenen Liebe zu Israel dürfte es letztlich jener Staat jenseits des großen Teichs sein, die Nordstream-Sprenger.

Dann wird die ganze Leidenschaft, alle in einen Sack zu stecken, die irgendwie Vorstellungen von einer deutschen Souveränität bewahrt haben, von abtrünnigen Frankfurter Bankern bis zu ehemaligen DDR-Kadern, plötzlich logisch. Egal, wie das Geld von staatlichen deutschen Stellen zu den Nebengeheimdiensten geschoben wird, oder wie Themen aus deren Repertoire wieder von staatlichen Stellen aufgegriffen werden, Nutznießer des ganzen Spiels ist letztlich immer derselbe: der vermeintliche Freund. Der so sehr darauf angewiesen ist, sich durch erzwungene Blutspenden am Leben zu halten, dass selbst eine NATO-treue Partei wie die AfD zu viel ist, weil schon der Gedanke der Souveränität nicht mehr gedacht werden darf.

* * *

Guerillakrieg gegen Russland? Selenskijs gefährlicher Schachzug

<https://freedert.online/meinung/194527-guerillakrieg-gegen-russland-selenskijs-gefaehrlicher/>
31.01.2024

Das seltsame Dekret über "historisch ukrainische Gebiete" könnte ein Hinweis auf einen geplanten Guerillakrieg innerhalb der Russischen Föderation sein, sobald der Krieg mit Russland verloren gegangen ist, durchgeführt von Ukrainern, die sich dort aufhalten.

Von Tarik Cyril Amar

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat kürzlich erneut für Aufsehen gesorgt. Aber dieses Mal nicht, indem er den Westen daran erinnert hat, wie viel dieser seinem Land schuldet – nämlich alles und noch viel mehr – oder weil ein prominenter Ukrainer, wie zum Beispiel der ehemalige Präsidentenberater Alexei Arestowitsch, seinem ehemaligen Chef Selenskij vorwirft, er habe vor zwei Jahren eine echte und günstige Gelegenheit für einen Waffenstillstand mit Russland nicht wahrgenommen. Auch Gerüchte über Intrigen rund um die militärische Führung von General Waleri Saluschny oder Vorwürfe des Kiewer Bürgermeisters Witali Klitschko sind nicht der Grund dafür. Mittlerweile gehören solche Dinge in Kiew zum gewohnten Hintergrundgeräusch.

Stattdessen gelang es Selenskij dieses Mal, Aufmerksamkeit zu erregen, indem er ein Dekret "Über die historisch von Ukrainern bewohnten Gebiete der Russischen Föderation" erließ. Vieles in diesem recht kurzen Dokument, das am Tag der ukrainischen Einheit – dem 22. Januar – offiziell in Kraft trat, ist nicht überraschend. Erstens beinhaltet es einen Neuaufguss eines zur Waffe gemachten nationalistischen "Geschichts"-Narrativs, das jeden ernsthaften Historiker vor Fremdscham erröten lassen würde. Darin wird Russland – auch während der Zeit der Sowjetunion – als ein böses Imperium dargestellt, das seit Jahrhunderten "systematisch versucht, die nationale Identität der Ukraine zu zerstören". Nach den Worten von Selenskij soll das Dekret "die Wahrheit über die historische Vergangenheit im Interesse der ukrainischen Zukunft wiederherstellen".

Aber das Dokument selbst beinhaltet keine Wahrheit, sondern eine alberne und grobe Karikatur davon. In Wirklichkeit entstand die moderne ukrainische Identität vergleichsweise spät. Die russisch-zaristischen Obrigkeiten hatten versucht, sie einzuschränken und niederzuhalten, während die sowjetische Obrigkeiten versuchten, diese zu formen, indem sie die ukrainische Identität sowohl angriffen als auch eine bestimmte Version davon förderten, während Alternativen bekämpft wurden, vor allem die faschistische Alternative, die sich mit Nazi-Deutschland identifizierte. Wie zu erwarten war, findet über die Politik hinaus die noch größere Komplexität der russisch-ukrainischen Interaktionen im Dekret keine Widerspiegelung – beispielsweise im Bereich der gemischten Identitäten, der Überzeugungen und Kulturen.

Offensichtlich ist das Dekret von Selenskij zur Geschichte der Ukraine nicht der richtige Anlass, nach einer intellektuell angemessenen und nützlichen Diskussion über die Tatsache zu suchen, dass viel mehr Ukrainer für die Sowjetunion und gegen Nazi-Deutschland gekämpft haben als für Nazi-Deutschland und gegen die Sowjetunion. Oder Diskussionen zu führen über Biografien, in denen russische und ukrainische Aspekte untrennbar miteinander verwoben sind wie in der Biografie des Schriftstellers Nikolai Gogol und in noch komplexeren Fällen wie bei den Malern Archip Kuindschi und Iwan Aiwasowski.

Aber bleiben wir fair: Die Ukraine und Russland befinden sich seit fast zwei Jahren offen im Krieg – und zwar in einem großem Umfang. Die Ursachen dieses vermeidbaren Krieges liegen im Wesentlichen in der rücksichtslosen, kurzsichtigen und zynischen Strategie des Westens, die NATO um jeden Preis nach Osten zu erweitern, in der unverzeihlichen Entscheidung der ukrainischen

Führung, dem Westen zu erlauben, die Ukraine und ihr Volk als Rammbock zur Schwächung Russlands zu benutzen – und nicht zuletzt in den eklatanten Fehleinschätzungen auf allen Seiten des Konflikts. Vor diesem Hintergrund kann man von einem ukrainischen Präsidenten, selbst von einem gebildeteren als Selenskij, kaum erwarten, dass er eine anspruchsvolle Belehrung über die Unzufriedenheit mit der nationalen Identität von sich geben kann. Glauben wir also nicht der Karikatur, die Selenskij uns anbietet, aber regen wir uns auch nicht darüber auf.

Interessanter ist ein anderes Detail des Dekrets. Sein zentraler und ausdrücklicher Zweck besteht darin, die nationale Identität und die Rechte der in der Russischen Föderation lebenden Ukrainer zu schützen, einschließlich – aber nicht darauf beschränkt – sechs genannter Regionen. Drei dieser Regionen grenzen an die Ukraine, und die anderen drei hatten bereits vor 2014 an die Ukraine gegrenzt, noch bevor die Krim Teil Russlands wurde. Das Dekret bezeichnet diese Gebiete als "historisch von ethnischen Ukrainern bewohnt". Die Liste der zu ergreifenden Maßnahmen ist vorhersehbar und ehrlich gesagt nicht wirklich interessant. Es handelt sich, wie man es erwarten würde, um eine Mischung aus Belehrung, internationaler Lobbyarbeit und Instrumentalisierung von Akademikern und Experten, was wiederum eine besondere Mission für jene Historiker anbietet, die sich gerne als Fußsoldaten im Informationskrieg einsetzen lassen.

Der Ukrainische Weltkongress, die Akademie der Wissenschaften der Ukraine und das Außenministerium sind gemäß dem Dekret beispielsweise alle damit beauftragt, ihren Beitrag zu einer "wahrheitsgemäßen Geschichtsinterpretation" zu leisten. Genau dies wird im Dekret angekündigt – ganz ohne Ironie. Dazu ein Tipp von einem Profi: Die historische Wahrheit offenbart sich, soweit sie gefunden werden kann, nie durch einen Regierungserlass.

Von größerem Interesse ist jedoch die Frage, was dieses Dekret in Tat und Wahrheit bewirken soll. Es ist schließlich ein seltsames Dokument. Das Regime von Selenskij steht vor einer schwerwiegenden, möglicherweise tödlichen Kappung westlicher Unterstützung. Die Lage an der Front – man denke an Awdejewka, die entscheidende Festungsstadt in der Ostukraine, die praktisch vor der kompletten Einnahme durch Russland steht – ist dermaßen prekär, dass der im Westen übliche Euphemismus einer "Pattsituation" einfach zu einem albernen Scherz geworden ist. So sieht eine Pattsituation nicht aus. So sieht es aus, kurz bevor der Verlierer vor dem Verlieren steht. Unterdessen hat Moskau keinerlei Eile signalisiert, einen Waffenstillstand anzustreben, insbesondere nicht nach den jüngsten ukrainischen Angriffen auf russisches Territorium, die zahlreiche zivile Opfer forderten.

Zwar wird im Dekret von Selenskij keine direkten Ansprüche auf russisches Territorium erhoben. Dennoch impliziert es natürlich die Möglichkeit solcher Ansprüche. Dies scheint ein seltsames Moment zu sein, um den Wetteinsatz in diesem Krieg auf diese Weise zu erhöhen. Hatte Selenskij das Gefühl, dass er zum Tag der ukrainischen Einheit, dem 22. Januar, seinem Volk etwas Erbauliches anbieten musste? Soll das Dekret bestätigen, dass der Präsident den Krieg fortsetzen will, indem angedeutet wird, dass die Ukraine, so schlimm die Dinge jetzt auch sein mögen, in Zukunft den Spieß umdrehen wird? Wenn ja, dann scheint Selenskij ein riskantes Spiel zu spielen.

Bei den Ukrainern im Ausland, insbesondere in der sogenannten "Diaspora", könnte eine solche Symbolik durchaus immer noch gut ankommen – und vielleicht wurde deshalb der Ukrainische Weltkongress im Dekret gesondert erwähnt. In diesem Zusammenhang war es auch interessant, eine öffentliche Ansprache Selenskij's anlässlich des Tages der Einheit zu verfolgen. Inszeniert im charakteristischen Stil der hohen Bühnenkunst – komplett mit einer dramatischen Partitur, die aus einem Hollywood-Melodrama zu stammen scheint –, gipfelte sie in einer langen Sequenz, in der die Ukrainer im Ausland im Mittelpunkt standen. Aber die Ukrainer, die sich tatsächlich in der Ukraine aufhalten, könnten sich von dieser Theatereinlage entfremdet fühlen. Für sie könnte dieses Dekret zu diesem Zeitpunkt wie eine Extravaganz wirken oder schlimmer noch: als eine Offenbarung oder

sogar Bestätigung, dass Selenskij nicht länger an der Realität festhält.

Was aber, wenn die Motive hinter dem Dekret komplizierter sind? Könnte es ein Versuch sein, ein Verhandlungselement für eine künftige Einigung mit Russland zu schaffen, wenn auch auf schwachen Beinen, aber vielleicht besser als gar nichts? Wenn dies der Fall ist, wird es höchstwahrscheinlich als Zeichen der Verzweiflung interpretiert werden, als ein Festhalten an Strohhalmen. Denn es ist schwer zu erkennen, warum zukünftige russische Unterhändler sich einen Deut darum kümmern sollten. Wenn Selenskij und sein Umfeld wirklich immer noch daran glauben, dass eine weitere narrative Offensive eine echte Niederlagen auf einem echten Schlachtfeld kompensieren kann, dann haben sie offensichtlich nichts dazugelernt.

Es gibt jedoch noch eine andere Möglichkeit, und diese ist die beunruhigendste. Man erinnere sich daran, dass viele in der Ukraine und im Ausland kurz vor der groß angelegten Eskalation Ende Februar 2022 nicht damit rechneten, dass die Ukraine lange kämpfen und durchhalten könnte. Vor diesem Hintergrund gab es aus den USA Signale, dass einem möglichen schnellen russischen Sieg ein Übergang zum Aufstand folgen würde.

Das war zwar eine schreckliche Idee, aber sie wurde nie begraben. Während der Großteil des Krieges bisher eher konventionell verlief, als Zusammenstoß von konventionellen Armeen, kam es auch zu Akten der Infiltration und der Sabotage sowie zu terroristischen Mordanschlägen. Da der Krieg für die Ukraine schlecht verläuft, müssen einige verantwortungslose Strategen sowohl in Washington als auch in Kiew einen Plan B in Betracht ziehen – nämlich einen Sieg Russlands mit dem Versuch zu beantworten, einen ausgedehnten Guerillakrieg innerhalb der Russischen Föderation auszulösen.

Somit haben die bisher durchgeführten Guerillaoperationen eines mit dem seltsamem Dekret von Selenskij gemeinsam: Angriffe auf Gebiete innerhalb Russlands. Es mag weit hergeholt erscheinen und liegt durchaus im Bereich der Spekulation, aber wir sollten die Möglichkeit nicht ausschließen, dass Selenskij andeuten wollte, dass die Ukrainer, die sich innerhalb Russlands aufhalten, zu einem Aktivposten in dieser Art von Kriegführung werden könnten. Wenn ja, dann wäre die wahre Absicht hinter dem Dekret, Paranoia in Russland zu fördern. Und die beste Antwort darauf wäre, es völlig zu ignorieren.

Aus dem Englischen.

***Tarik Cyril Amar** ist Historiker an der Koç-Universität in Istanbul und befasst sich mit Russland, der Ukraine und Osteuropa, der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, dem kulturellen Kalten Krieg und der Erinnerungspolitik. Man findet ihn auf X unter @tarikcyrilamar.*

* * *

Orbán: Die Zerstörung eines Eigenwilligen

<https://freedert.online/meinung/194752-orban-zerstoerung-eigenwilligen/>

01.02.2024

Viktor Orbán spielte das Ukraine-Spiel bisher nicht mit. Er hat – trotz seiner aktuellen Zustimmung zu den EU-Plänen – kein Interesse daran, ungeprüft 50 Milliarden Euro in ein durch und durch von Korruption geprägtes Land zu überweisen. Doch die Europäische Union (EU) stürzte sich nicht allein daran. Sie will Orbán loswerden, die Begründung ist zweitrangig.

Von Tom J. Wellbrock

Da Ungarns Präsident Viktor Orbán sich die Unterstützung der Ukraine anders vorstellt als Teile der EU, wurde auf ihn massiver Druck ausgeübt. Nach der Einigung wird sich daran nichts ändern. Die EU wollte Ungarn den Geldhahn zudrehen und Druck auf Investoren ausüben, wäre Orbán bei seinem Widerstand gegen die unkontrollierte Finanzierung der Ukraine geblieben. Die *Financial Times (FT)* hatte darüber berichtet, und auch wenn aus Brüssel eilige Dementis nach dem Zeitungsbericht folgten, dürfte es dort weiterhin heftig brodeln. Die Hardliner werden sicherlich Pläne haben, die in die Richtung des beschriebenen Artikels gehen. Orbáns Zustimmung zu den Ukraine-Milliarden wird daran nichts ändern.

Die einstige Zerstörung Griechenlands scheint in weiter Ferne zu liegen. Aber damals war das größte Problem nicht etwa die Verschuldung des südeuropäischen Landes, sondern die zu diesem Zeitpunkt "falsche" Regierung, die sich nicht so recht an die Vorgaben von Schäuble und seinen Komplizen halten wollte. Also wurde Griechenland wirtschaftlich dem Erdboden gleichgemacht. Ein ähnliches Schicksal stand Ländern wie Spanien, Zypern, Italien und Portugal bevor. Das Motto war damals wie heute klar: Entweder ihr seid zu 100 Prozent für uns, oder wir betrachten euch als Feinde, die es zu zerstören gilt.

Griechenland und Ungarn: Der wesentliche Unterschied

Griechenland war damals, als die "Troika" ihren Raubzug antrat, eine leichte Beute. Das Land war hoch verschuldet, was unter anderem an der "Exportweltmeisterschaft" Deutschlands lag, und es machte den gravierenden Fehler, den auch andere Länder in vergleichbarer Lage gemacht hatten: Griechenland bat die EU um Hilfe. Damit versetzte das Land sich selbst den Todesstoß, denn Hilfe heißt für die EU stets, strenge neoliberale Vorgaben zu machen, die Abhängigkeit des betroffenen Landes maximal zu erhöhen und durch massive Privatisierungen und Ausschachtungen der Sozialsysteme an den Rand des Existenzverlustes (oder darüber hinaus) zu drängen.

Ungarn ist nicht in dieser desolaten Situation. Das Land mag seine wirtschaftlichen Probleme haben, nicht zuletzt auch durch von der EU einbehaltene Gelder, die aus fadenscheinigen Gründen nicht ausgezahlt werden. Ungarns Haltung etwa zum LGBTQ-Wahnsinn der EU wird als Problem der Rechtsstaatlichkeit angesehen, dabei ist es nichts anderes als die Verbundenheit zu eigenen Traditionen und dem Gespür dafür, dass die LGBTQ-Bewegung im Wesentlichen ein Instrument ist, um erstens von anderen, beispielsweise sozialen Problemen abzulenken; und zweitens ein Mittel darstellt, um lange gewachsene Strukturen anderer Länder zu unterhöheln und bei deren Bevölkerungen Misstrauen und Feindseligkeit zu streuen. Dies als eingeschränkte Rechtsstaatlichkeit zu bezeichnen, entspricht dem despotischen Gebaren der EU, das sie schon zigfach an den Tag gelegt hat.

Doch in wirtschaftlicher Hinsicht ist Ungarn nicht mit Griechenland oder anderen Ländern zu vergleichen, die in der Vergangenheit dem Diktat der EU unterlagen. Im Gegenteil, die Wirtschaft

entwickelt sich durchaus positiv, und es sind unter anderem auch deutsche Unternehmen, die daran ihren Anteil haben. Regelmäßig siedeln sich deutsche Unternehmen neu in Ungarn an, und wer durch Budapest fährt, kann zuweilen den Eindruck haben, mehr deutsche Namen auf Plakaten und Schildern zu lesen als einheimische.

Wirtschaftliche Unterwürfigkeit lässt sich also in Ungarn nicht finden, und Präsident Orbán macht nicht nur mit westlichen Unternehmen und Ländern gute Geschäfte, er orientiert sich auch nach Osten, immer auf der Suche nach pragmatischen Beziehungen und gedeihlicher Zusammenarbeit. Er ist also alles andere als das, was sich die Europäische Union als einen 100-prozentigen EU-Europäer vorstellt.

Das verlorene Recht "Nein" zu sagen

Das Prinzip der Einstimmigkeit in der EU bei wichtigen Entscheidungen wackelt. Und dafür ist nicht Viktor Orbán verantwortlich, sondern die EU selbst. In erster Linie Deutschland und Brüssel, wo die Deutsche Ursula von der Leyen große Macht ausübt, die deutschen und US-Interessen dient, bestimmen die Agenden der Europäischen Union. Da zahlreiche andere EU-Länder in starker Abhängigkeit zur Union stehen, sind sie relativ leicht zu beeinflussen. Ein "Nein", zu welcher Entscheidung auch immer, kommt diesen Ländern nur schwer über die Lippen.

Doch dieses "Nein" ist im ursprünglichen Sinne genau das Prinzip, nach dem die EU verfahren muss. Es ist das (theoretische) Recht jedes Landes, in Abstimmungen gegen einen Vorschlag zu stimmen. Bei Lichte betrachtet ist es sogar die Pflicht eines jeden Staatschefs, sein Veto einzulegen, wenn ein Vorschlag auf EU-Ebene den Interessen seines eigenen Landes, seiner eigenen Bevölkerung Schaden zufügen kann oder nachweislich wird. Aber auch, wenn ein Staatsoberhaupt den Eindruck hat, dass Ergebnisse von Abstimmungen nachteilig für die EU sind, ist ein "Nein" sinnvoll und vernünftig.

Aber dieser Punkt ist längst überschritten, und das hängt unter anderem mit der kompromisslosen Unterstützung der Ukraine in einem Krieg zusammen, der faktisch nicht zu gewinnen ist. Es ist pragmatisch betrachtet schlicht Wahnsinn, weiterhin auf die Ukraine im Allgemeinen und auf Selenskij im Besonderen zu setzen. Der Konflikt mit Russland kann nicht gewonnen werden, vielmehr wächst die Gefahr eines Dritten Weltkrieges mit jeder weiteren militärischen Unterstützung durch den Westen. Und da weiter oben die Rechtsstaatlichkeit angesprochen wurde: Davon kann in der Ukraine heute weniger denn je die Rede sein. Schon vor dem 24. Februar 2022 war die Ukraine durch und durch korrupt, heute ist die Pressefreiheit ausgelöscht, das Äußern einer abweichenden Meinung ist eine lebensgefährliche Angelegenheit, und es zeichnet sich keinerlei Besserung ab. Das kann kaum überraschen, denn wenn ein Land wie die Ukraine bedingungslos von seinen Partnern unterstützt wird und letztlich ohne Folgen machen kann, was es will, so wird es genau das auch tun.

Dass Viktor Orbán bei diesen Zusammenhängen der Ukraine nicht blindlings 50 Milliarden Euro auf den Tisch legen wollte, muss weniger verwundern als die Tatsache, dass die EU genau das vorhat.

Krieg der EU gegen die EU

Man muss es sich vor Augen führen: Die Europäische Union war einmal mehr bereit, einen Krieg gegen ein EU-Mitgliedsstaat zu führen. Dabei gab es laut *Financial Times* den konkreten Zweck, die Gefährdung von "Arbeitsplätzen und Wachstum" in Ungarn zu erreichen. Das Vokabular ist laut *FT* drastisch:

"Dies ist Europa, das Viktor Orbán sagt: 'Genug ist genug, es ist Zeit, sich zu fügen. Du hast vielleicht eine Pistole, aber wir haben die Bazooka', sagte Mujtaba Rahman, Europa-Direktor der Consultingfirma Eurasia Group."

Die Sache mit der sprichwörtlichen "Bazooka" ist selbstbewusst, vielleicht zu selbstbewusst, denn Ungarn hängt nicht am Tropf der EU. Wie beschrieben, hat Orbán sich wirtschaftlich breit aufgestellt und pflegt gute Beziehungen in viele Länder – auch außerhalb der EU. Zudem hat Ungarn eine eigene Währung, was die Möglichkeit des Drucks seitens der Europäischen Union eingrenzt. Im Zweifel ist es wahrscheinlich, dass Orbán so viele Partner auf der Welt hat (sogar in den USA), dass ein "Aushungern" Ungarns wohl kaum gelingen würde.

Es war Russlands Präsident Putin, der vor einiger Zeit sagte, Orbán sei nicht "prorussisch", sondern "pronational". Und damit trifft er es sehr gut, denn Orbán agiert nach der Interessenlage Ungarns. Und dabei blickt er nicht moralisch oder emotional auf seine politischen Ziele, sondern richtet sie danach aus, wie sie in der Praxis erreicht werden und welche Vorteile sie für sein Land bedeuten können.

Hinzu kommt, dass ein Wirtschaftskrieg der EU gegen Ungarn vermutlich auch nicht im Sinne aller anderen europäischen Länder ist. Die 50 Milliarden für die Ukraine mag die Europäische Union durchgedrückt haben; ohne Orbáns Zustimmung hätte sie es auch ohne ihn möglich gemacht, die eigenen Regeln zu brechen, ist für die EU ja schon lange nichts Besonderes mehr. Doch ein darüber hinausgehender Wirtschaftskrieg gegen Ungarn wird aller Voraussicht nach an der Gesamtlage in Europa und der Welt scheitern.

Die Einigung hinsichtlich der Ukraine-Gelder wird Orbán im eigenen Land wohl als Erfolg werten, da er ja die jährliche Prüfung weiterer Zahlungen gefordert hatte. Doch das jährliche Veto-Recht Ungarns ist damit vom Tisch. Man kann nun darüber spekulieren, ob die EU Orbán ein attraktives Angebot gemacht hat; oder ob die europäische Erpressung letztlich doch funktioniert hat. In jedem Fall ist für Ungarn perspektivisch Vorsicht geboten, denn die EU tut nichts uneigennützig. Und Orbán ist und bleibt der "Bad-Boy", auf den man es abgesehen hat.

Die Europäische Union hat mächtig kalte Füße

Die EU zeigt eine beinahe schon an Drogensucht erinnernde Fixierung auf die Ukraine. In diesen Krieg wurde viel Geld investiert, nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und medial. Dennoch wurde keines der (ohnehin nur vage formulierten) Kriegsziele erreicht. Zudem ist die wirtschaftliche Schwächung Russlands nicht gelungen, von einem Regime Change ganz zu schweigen. Die US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen schweben wie ein Damoklesschwert über der westlichen Politik, der von Brüssel in seinem Sinne erhoffte Zusammenhalt in der EU bröckelt immer wieder an unterschiedlichen Stellen.

Wenn also die Ukraine am Ende aufgegeben muss und Biden in den USA durch Trump abgelöst wird, steht die Europäische Union immer einsamer da. Es ist nicht auszuschließen, dass hinter dem Druck auf Ungarn sogar der Wunsch eines Regime-Change steht. Es wäre nicht das erste Mal, dass der Westen die Bevölkerung eines Landes durch Sanktionen so sehr in die Verzweiflung treibt, dass die Menschen sich von einer wie auch immer gearteten "Farbrevolution" einfangen lassen.

Wie eine globale Käseglocke steht über all dem die Neuerung der Weltordnung in Richtung Multipolarität, die nicht mehr aufzuhalten ist. Von dieser wird sicher Ungarn mehr profitieren als andere Länder. Für die Europäische Union ist nach der aktuellen Einigung bei der Ukraine-Frage im Zusammenhang mit Ungarn jedenfalls im Großen und Ganzen nichts besser geworden. Orbán bleibt ein unberechenbarer Faktor, und die Zerstörungswut in Richtung Budapest dürfte um kein Jota

geringer geworden sein.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs *neulandrebell*.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im Januar/Februar 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.